ROTE ANNELIESE

Nr. 183 / Juni 2004 Fr. 6.–

Pensionskassen-Skandal

Kantonalbank im Sumpf!

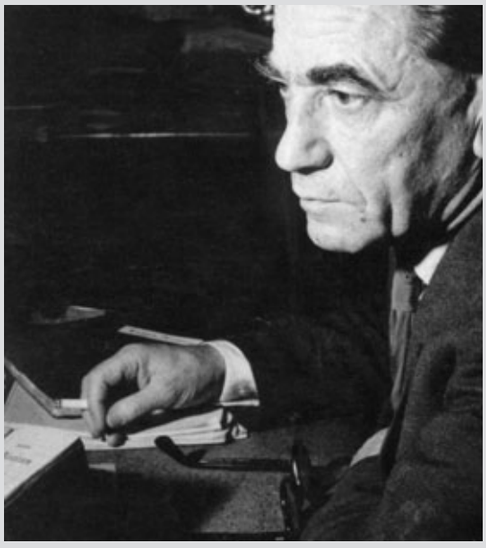
- Affäre Lithos-Limtech
- Affäre Portfolio Nostro
- Affäre Firsec-Bakhtiar

Seite 4

Nazi-Skins: Brutaler Übergriff

Seite 13

Ludwig Hohl:



Er wohnte im Keller

Seite 16

Subventionen für Inderkummen-AG:

- Finanzinspektorat bestätigt RA-Kritik
- Jetzt schweigen die gelben Hetzer!

Seite 8

Tschetschenien: Ein Bergvolk wird zerrieben Seite 14

Pensionskassen-Skandal: WKB-Dorsaz lässt grüssen

Die Parallelen der WKB-Dorsaz-Affäre zum WKB-Pensionskassen-Debakel sind frappant: Auch in der Dorsaz-Affäre gab es WKB-interne Warnsignale. Auch damals wurden die Warnungen unter den Tisch gewischt. Auch damals betrug der Schaden schlussendlich über 100 Millionen Franken. Auch damals gab es drei Sündenböcke und die WKB-Spitze sowie der Staatsrat wuschen die Hände in Unschuld. Auch damals versuchte die CVP ihre Hausbank vor einer PUK zu schützen.

*

Die vorliegende RA zeigt im Zusammenhang mit der Lehrerpensionkasse auf, dass die Alarmglocken bei der Walliser Kantonalbank schon in den Jahren 1997 und 2001 laut schrillten. Bankinterne Berichte aus dem Jahr 1997 zeigen klar, dass die Alarmanlage kurzerhand ausgeschaltet wurde. Doch bereits 1993 hätte der gesamte CVP-WKB-Klüngel bis hinauf zum Staatsrat hellhörig werden sollen, als der Bankbetrüger und Geldwäscher Farhad Bakhtiar in den USA verhaftet und verurteilt wurde. Doch die Affäre wurde totgeschwiegen. Die RA bringt Licht ins Dunkel.

*

In der Affäre WKB-Dorsaz verhinderten im Jahr 1993 die CVP-Laufburschen zunächst eine sachgerechte Untersuchung der Rolle der Kantonalbank und des Staatsrates. Erst 1996 wurde eine PUK eingesetzt, welche die Unterlassungen des Staatsrates, der Justiz und der WKB aufdeckte und verurteilte.

*

Auch heute versucht der CVP-WKB-Klüngel die Rolle der WKB im Pensionskassen-Debakel auszublenden: Der Staatsrat zensurierte den Bericht des Finanzinspektorates in unzulässiger Weise und CVP-Grossräte im Solde der WKB verhindern, dass die PUK auch ihre Hausbank durchleuchtet. Die Geschichte wiederholt sich.

Kurt Marti

Inhalt

Conto Neri: Strafbefehle ▶ Seite 3

Kantonalbank: Tief im Sumpf ▶ Seite 4

T. Gsponer: Neue Probleme ▶ Seite 7

Arnold AG: RA hatte Recht ▶ Seite 8

Erinnerungen 1: Schwimmbad ▶ Seite 10

Erinnerungen 2: Famoser Kreisel ▶ Seite 10

Biolandbau: Wallis schläft ▶ Seite 11

Psychiatrie: Was ist da los? ▶ Seite 12

Nazi-Skins: Wieder Gewalt ▶ Seite 13

Trauriges Tschetschenien ▶ Seite 14

Schon gewusst: Haarsträubendes ▶ Seite 15

Buch: Der Tänzer ▶ Seite 15

Ludwig Hohl: Der Einsame ▶ Seite 16

Wohin frau/man geht ▶ Seite 18

Zitäter: Sapperlot! ▶ Seite 19

Albert Bass: Grüsse aus Zug ▶ Seite 20

Impressum

Rote Anneliese
Auflage: 3000
Jugendabo: Fr. 20.–
Jahresabo: Fr. 40.–
Unterstützungsabo: 70.–
PC 19-8382-6

Redaktor
Kurt Marti

Freie MitarbeiterInnen
Hilar Eggel
German Eyer
Marie-Theres Kämpfen
Andrea Schild
Renata Werlen

Sekretariat
Ursula Schild

Satz und Druck
s+z Gut zum Druck
3902 Brig-Glis

Herausgeber
Verein Rote Anneliese
PF 441
3900 Brig-Glis
Tel. 027 923 63 89
rote.anneliese@rhone.ch

Dicke Eier

Arme Seelen in Zeneggen: Benchmarking!

Die armen Seelen in Zeneggen können sich auf ihren Pfarrer Erwin Jossen felsenfest verlassen. Stets ist er bemüht, die zurückgebliebenen Angehörigen zum Spenden für ihre lieben Verstorbenen anzuregen. So veröffentlicht er im Pfarrblatt neben dem Namen der Verstorbenen gleich die Opfergaben anlässlich der Beerdigungen. Damit haben alle Angehörigen stets den Überblick, wie weit über dem Fegefeuer ihre Lieben noch brutzeln. Für die Verstorbene A.P. kamen laut Pfarrblatt 4 000 Franken zusammen, für M.I. 2 700 Franken und für W.I. gar die Rekordsumme von 7 000 Franken. Sie können alsbald mit dem Sprung aus dem Fegefeuer rechnen. Schwieriger wird es für die Verstorbene E.A., denn mit einer Opfergabe von 990 Franken lässt sich auch im Jenseits nicht viel bewegen. Ihre Angehörigen müssen nun kräftig in die Hände spucken. Sonst wird's heiss. Im Wirtschaftsjargon nennt man diese pfiffige Art der gegenseitigen Motivation «Benchmarking».

Thomas Burgener auf Erdöl ausgerutscht

SP-Staatsrat Thomas Burgener ist nicht allein, auch SP-Bundesrat Moritz Leuenberger ist der Erdöllobby auf den Leim gegangen. Beide sind für einen Klimarappen auf Benzin. Leider stammt dieser Vorschlag vom umtriebigen Geschäftsführer der Erdölvereinigung, von dem sich die beiden SP-Genossen in naiver Weise bezirzen liessen. Denn mit dem Klimarappen will die Erdöllobby und die economiesuisse die viel höhere CO_2-Abgabe verhindern, welche auf Grund des Gesetzes schon jetzt eingeführt werden sollte.
Damit widersprechen Leuenberger und Burgener den Forderungen der SP Schweiz diametral. Dass mit den Einnahmen aus dem Klimarappen ein Ablasshandel mit den armen Ländern des Südens vorgenommen wird, schlägt dem Fass den Boden endgültig aus. Wenn sich nämlich der Bundesrat für den Klimarappen ausspricht, können die Schweizer AutofahrerInnen gemütlich weiter CO_2 ausstossen, weil dann nämlich die Inder in Dehli für uns CO_2 einsparen. Eine wahrhaft spätkolonialistische Meisterleistung!

Affäre Conto Neri:

Mehrere Strafbefehle

NATERS/SITTEN – **Das kantonale Untersuchungsrichteramt hat mehrere Strafbefehle in der Affäre Conti Neri erlassen. Die Namen der Verurteilten werden nicht bekannt gegeben, bis die Einsprachefrist abgelaufen ist. Mit dem Verzicht auf eine öffentliche Gerichtsverhandlung macht die Justiz einen Bückling vor dem Briger Betreibungsbeamten Paul-Bernhard Bayard. Von Transparenz keine Spur.**

VON KURT MARTI

In einem kurzen Schreiben an die RA hält Untersuchungsrichter Jean-Pierre Greter fest: «*Das Amt des kantonalen Untersuchungsrichters hat mit Datum vom 1. Juni 2004 in der Schwarzgeldsache Gertschen Möbel AG («Konto Neri») mehrere Strafbefehle erlassen. Solange diese nicht in Rechtskraft erwachsen sind, werden über die Anzahl der Verfügungen, deren Inhalte und die betroffenen Personen keine weiteren Informationen bekanntgegeben.*» Die Verurteilten haben die Möglichkeit innert 30 Tagen gegen den Strafbefehl einzusprechen. Tun sie das nicht, sind die Strafbefehle rechtskräftig.

Ohne Gerichtsverhandlung, keine Öffentlichkeit!

Das Untersuchungsverfahren hat über zwei Jahre gedauert und nun mogelt sich der Untersuchungsrichter um eine öffentliche Gerichtsverhandlung herum. Freilich hat er dazu gemäss Strafprozessordnung die Möglichkeit, wenn die Gefängnisstrafe unter sechs Monate oder die Busse unter 10 000 Franken liegt. Doch in diesem Fall ist das Ziel klar: Dieses «Geheim-Verfahren» nützt vor allem dem Briger Betreibungsbeamten Paul-Bernhard Bayard. Einmal mehr zeigt die Walliser Justiz, dass sie bereit ist, die Nomenklatura vor dem Pöbel, sprich der kritische Presse, zu schützen. Transparenz fürchtet die CVP-Justiz, wie der Teufel das Weihwasser.

Paul-Bernhard Bayard: «Ich habe nichts zu sagen.»

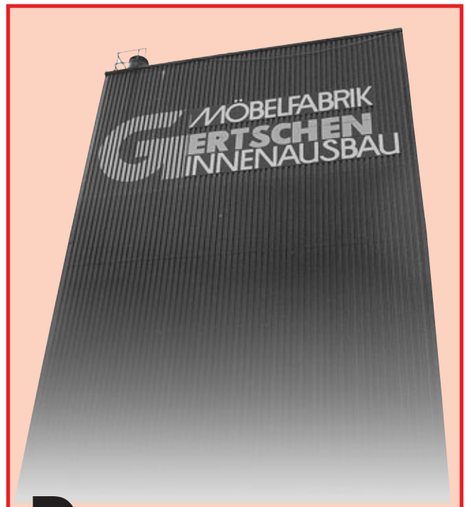
Auf Anfrage erklärt Bayard zunächst, er wisse nichts von einem Strafbefehl. Zwei Tage später lässt er verlauten: «*Ich habe dazu nichts zu sagen.*» Bayard war von Ende 1998 Verwaltungsratspräsident der Gertschen Möbel AG. Nachdem die *Rote Anneliese* die Umstände des Niedergangs der traditionsreichen Firma und ein Schwarzgeldkonto öffentlich machte (*siehe Bild*), trat Bayard im April 2002 als VR-Präsident zurück. Gut möglich, dass er sich geirrt hat, und eigentlich als Betreibungs- und Konkursbeamter den Hut nehmen wollte, was ja auch logisch gewesen wäre. Bayard stritt jegliche Mitwisserschaft an den Conti Neri ab, obwohl mehrere Angestellte des Kaders ihn schwer belasteten. Staatsrat Jean-René Fournier weigerte sich bis heute, Bayard zu suspendieren.

Willy Gertschen: 17 600 Franken für Garage Eggel

In den 90er Jahren zahlten zahlreiche Kunden aus Gewerbe und Tourismus ihre Rechnungen schwarz auf das Conto Neri. Mit dem Wegfall der Sozialbeiträge und der Mehrwertsteuern konnte so ein Konkurrenzvorteil für die Gertschen Möbel AG und ein Preisvorteil für die Kunden erzielt werden. Insgesamt wurden über das Konto 1,5 Millionen transferiert, davon rund 500 000 Lohn- und Provisionszahlungen. Interessant ist, dass der ehemalige VR-Präsident Willy Gertschen eine auf seinen Namen lautende Rechung von 17 600 Franken für die Garage Eggel über das Conto Neri bezahlte. Oder dass der ehemalige Vizepräsident Herbert Gertschen in den Jahren 1995 und 1996 rund 50 000 Franken Provisionen aus dem Schwarzgeldkonto bezog.

Haftstrafen von einem bis sechs Monaten

Man kann davon ausgehen, dass die Strafbefehle hauptsächlich für Vergehen gegen das AHV-Gesetz (AHVG) und das Pensionskassen-Gesetz (BVG) ausgesprochen wurden. Was sagt nun die Sozialgesetzgebung inbezug auf die Verantwortung der beiden VR-Präsidenten Gertschen und Bayard? Gemäss BVG, Art. 76 werden Vergehen mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Busse bis zu 20 000 Franken bestraft. Diese Strafen gelten auch für Vertreter der Organe einer juristischen Person, also für die VR-Präsidenten, die es vorsätzlich oder fahrlässig in Verletzung einer Rechtspflicht unterlassen, eine Widerhandlung des Untergebenen abzuwenden. Falls nun Bayard nachwievor abstreitet, vom Schwarzgeld-Konto gewusst zu haben, dann könnte sein Verhalten unter den Passus der fahrlässigen Verletzung einer Rechtspflicht fallen, was einen Strafbefehl rechtfertigen würde. Bald wissen wir mehr. Wenn der Untersuchungsrichter nicht noch einmal den Deckel des Schweigens über den Fall setzt.



Das Gertschen-Debakel

So trieb der Versagerrat unter Paul-Bernhard Bayard die Firma in den Ruin!

Ab Seite 4

Möbel Gertschen AG: Brisante Konto-Liste «Neri»!

Schwarzgeld?

Seite 9

Rote Anneliese vom Februar 2002:
Das Ende der Gertschen Möbel AG

Pensionskassen-Debakel:

■ Kantonalbank-Alarm läutete bereits 1997 ■ Bankenkommission wurde eingeschaltet ■ Doch niemand zog die Konsequenzen

Ein WKB-Mitarbeiter: «Das ist nur die Spitze des Eisberges!»

SITTEN – **Das Debakel der LehrInnen-Pensionskasse wird zu einem Fall der Walliser Kantonalbank (WKB). Die bankinternen Alarmglocken läuteten bereits 1997. Die WKB-Spitze war bestens informiert. Im Jahr 2001 wurde die Eidgenössische Bankenkommission eingeschaltet. Ein WKB-Mitarbeiter musste gehen. In den Polizeiverhören belastet er die Kantonalbank schwer.**

VON KURT MARTI

«Ich bin entrüstet über soviel Widersprüche, falsche Behauptungen und Manipulationen. Sie sind nur die Spitze des Eisberges im Dossier Lithos!», schreibt Gérard Filliez, Anlageberater der WKB Martinach, am 11. Dezember 1997 an die beiden WKB-Regionalleiter Michel Rappaz und Jean-Michel Pache. Die kanadische Finanzfirma Lithos (ab 1999 Limtech) steckte Dutzende Millionen in den Abbau von Gold und Lithium in Kanada, Afrika und Südamerika. Laut Bericht des Finanzinspektorates beträgt der Gesamtverlust von 1994 bis 2003 rund 44 Millionen Franken. Davon gehen allein 8,3 Millionen Franken auf das Konto der Ruhegehalts- und Vorsorgekasse des Lehrpersonals des Kantons Wallis (RVKL).

WKB-Mitarbeiter Filliez schlägt Alarm

Schon 1997 hatte die Lithos/Limtech gravierende Liquiditätsprobleme und musste die Goldmine «Wrigthbar» in Kanada schliessen. WKB-Anlagespezialist Filliez macht sich in seinem 6-seitigen Schreiben ernsthafte Sorgen um die WKB-Privatkunden, welche in das kanadische Unternehmen investiert hatten. Auf Empfehlung des WKB-Finanzberaters Philippe Herzog war ebenfalls die RVKL mit rund 5 Millionen am kanadischen Goldrausch beteiligt und beabsichtigte weitere Investitionen. Filliez wünscht sich eine Reaktion der Generaldirektion, welcher das Problem bereits bekannt ist. Bitter beklagt er sich über die fehlende Information seines Arbeitskollegen Herzog. Den Lithos-Verwaltungsrat Peter Geibel, welcher von Herzog empfohlen wurde, bezeichnet Filliez als einen *«Herr mit zweifelhafter Geschäftsmoral»*. WKB-Verwaltungsratspräsident war damals Odilo Guntern und im Verwaltungsrat sass damals bereits Albert Bass, welcher heute WKB-Vizepräsident ist. Bass erklärt, er sei damals bloss Mitglied des Verwaltungsrates gewesen und als solches habe man wenig gewusst. Als zentrales Gremium habe das fünfköpfige Bankpräsidium unter Odilo Guntern funktioniert.

Herzog und Vernier: Keine Probleme!

Eine Woche später stellt Rappaz zuhanden von Herzog die berechtigte Frage: *«Wie können wir vermeiden, dass die RVKL-Organe uns den Vorwurf machen, sie auf diese Operation geleitet zu haben?»* Herzog spielt die Probleme wortreich herunter und schreibt selbstbewusst: *«Ich teile die Meinung, welche Herr Filliez in seinem Bericht äussert, überhaupt nicht.»* Anfang Januar 1998 fordert Rappaz den Generaldirektor Georges Luggen dringend auf, zusammen mit WKB-Mitarbeiter Patrice Vernier beim RVKL-Direktor Georges Bonvin vorzusprechen, *«um die Position der WKB zu klären»*. Vernier sass damals ebenfalls in der Verwaltungskommission der LehrerInnenpensionskasse. Im Jahr 2000 rückte er in die WKB-Generaldirektion auf und 2003 wurde er RVKL-Direktor.

In perfekter Harmonie mit Herzog schreibt Vernier Mitte Januar 1998 in einer Aktennotiz an die WKB-Generaldirektion, dass die Affäre Lithos keinesfalls so alarmierend sei, wie dies Anlageberater Filliez darstelle. Die Lithos-Investitionen seien *«vollkommen im Einklang mit der Verordnung über die berufliche Vorsorge.»* Das Finanzinspektorat ist heute gegenteiliger Ansicht. Vernier beruhigt die aufgeschreckten WKB-Gemüter: *«Aufgrund einer Besprechung mit Georges Bonvin übernimmt die Verwaltungskommission die gesamte Verantwortung über die Investitionen, welche die Anlagekommission vornimmt.»*

Vernier vertrat die puren WKB-Interessen

Logischerweise hält Vernier in seiner Aktennotiz fest, dass er die Verwaltungskommission, wo er ja selbst drinsitzt, informieren wird. Doch das tut er nicht. Er informiert nur RVKL-Direktor Bonvin und die Anlagekommission. Gegenüber der RA begründet er seine Unterlassung so: *«Die Anlagekommission verwaltete das Vermögen der Kasse und hat die Investitionen getätigt.»* Einerseits behauptet Vernier also, die Verwaltungskommission trage die Verantwortung, andererseits verweigert er dieser wichtige Informationen. Erstaunlicherweise beklagt Vernier gegenüber dem Finanzinspektorat die fehlenden Informationen der Anlagekommission gegenüber der Verwaltungskommission, wie aus den entsprechenden Protokoll hervorgeht. Mit fast naiver Offenheit gibt Vernier auf Anfrage zu, dass es ihm vor allem darum gegangen sei, die WKB von jeglicher Verantwortung für die Empfehlung der Titel der Lithos/Limtech zu entlasten. Folglich hat Vernier die puren

Jean-Daniel Papilloud: *Verbissenes Schweigen*

Patrice Vernier: *Doppeltes Spiel*

Michel Rappaz: *Wollte handeln*

Odilo Guntern: *Damaliger WKB-Präsident*

Albert Bass: *Keine EBK-Intervention*

■ Beginn des Debakels: Firsec-Affäre 1993
■ Zuchthausstrafe für Farhad Bakhtiar
■ Verluste von 4,5 Millionen Franken

Pierre Bonvin auf heissen Kohlen

(ktm) Das Debakel der LehrerInnenpensionskasse hat seine Wurzeln Anfang der 90er Jahre. Damals war Pierre Bonvin RVKL-Präsident und gleichzeitig Chef der kantonalen Finanzverwaltung, und zwar bis 1993 unter Staatsrat Hans Wyer, dann unter Wilhelm Schnyder. Im Februar 1993 investierte die Lehrpensionskasse 4,5 Millionen in die Firsec SA in Genf. Laut Bericht des Finanzinspektorates hat Pierre Bonvin im Februar 1993 eine entsprechende Konvention unterzeichnet. Zwei Monate später sass der Firsec-Direktor Farhad Bakhtiar wegen Bankbetrug und Geldwäscherei in Untersuchungshaft und wurde in den USA zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt. Laut Finanzinspektorat resultierte aus den Firsec-Aktien, welche Teil des WKB-Portefeuilles waren, im Jahre 1999 ein Totalverlust von 4,5 Millionen. Schon 1993 war bekannt, dass diese ausländischen Aktien nicht börsenkotiert waren und folglich der Verordnung über die berufliche Vorsorge widersprachen, wie die Fiduciaire ECSA seit 1993 jedes Jahr vergeblich warnte.

Eine nette Gesellschaft: Celio, Geheimloge P2, Saddam, Reza Pahlevi

Präsident der Firsec SA war der Tessiner Alt-Bundesrat Nello Celio. Auch der Firsec-Direktor war kein Nobody: Farhad Bakhtiar war der Vetter von Shapour Bakhthiar, dem letzten Premierminister unter Shah Reza Pahlevi. Laut der amerikanischen Investigationsfirma Kroll, pflegte Celio über die Firsec in den 80er und 90er Jahren ebenfalls gute finanzielle Beziehungen zum Regime von Saddam Hussein. Zudem sass Celio im Verwaltungsrat der obskuren Ölhandelsfirma Sasea Holding SA, welche ihrerseits an der Firsec beteiligt war. 1992 stürzte die Sasea unter Getöse und einem Milliardenverlust in sich zusammen. Einer der führenden Sasea-Köpfe war Florio Fiorini, welcher in die damalige Affäre der Geheimloge P2 und der vatikanischen Banco Ambrosiano verwickelt war. Eine wahrlich nette Gesellschaft!

Bonvin kann sich nicht mehr erinnern

Pierre Bonvin, seit 1984 Chef der kantonalen Finanzverwaltung, kann sich heute nicht mehr erinnern: *«Die Affäre Firsec sagt mir überhaupt nichts.»* Weil er den FI-Bericht nicht gelesen hat und weil die PUK ihre Untersuchungen begonnen hat, will er sich dazu nicht äussern. Genau hier muss die Arbeit der PUK ansetzen.

Schnyder und Bonvin: *Sagt Ihnen der Name Bakhtiar etwas?*

Interessen der WKB vertreten, nicht aber jene der Pensionskasse, was sein Auftrag in der Verwaltungskommission gewesen wäre. Ganz anders der externe Berater der Anlagekommission, Jean-Charles Zimmermann von Darier Hentsch & Cie.: Aus Empörung über die Canadischen Abenteuer tritt er nach nur sechs Monaten zurück.

Finanzinspektorat fährt WKB an den Karren

In den Jahren 1997 und 1998 ist fast die Hälfte des beweglichen RVKL-Vermögens bei der WKB platziert. Ein Teil dieses Portefeuilles war in Schweizer und in ausländischen Aktien angelegt. Letztere wiesen Ende 1998 bei einem Ankaufwert von 16,9 Millionen bloss einen Börsenwert von 8 Millionen auf, was einen Verlust von 8,9 Millionen ergibt. Was die Schweizer Aktien betrifft, gibt das Finanzinspektorat ein eindrückliches Beispiel: 1998 wurden fast 800 000 Franken in die TEGE SA in Montreux investiert. Die Firma wollte Pommes-Frites-Automaten herstellen, welche nie funktioniert haben. 1999 wurden die TEGE-Aktien vom WKB-Portefeuille ins Credits Suisse-Portefeuille transferiert, welche dieses sofort verkaufte. Maliziös hält das Finanzinspektorat fest: *«Der Verlust auf diesen Titeln beträgt 78 Prozent in 9 Monaten. Der Verlust wäre noch höher ausgefallen, wenn die Credit Suisse die Titel nicht sofort verkauft hätte.»*

WKB suchte Hilfe bei der Bankenkommission

Im Jahre 1999 wurden die Lithos/Limtech-Aktien in das neugeschaffene WKB-Portefeuille anticyclique integriert, welches von WKB-Mitarbeiter Philippe Herzog verwaltet wurde und 1999 einen Gesamtwert von 22 Millionen aufwies. Trotz der WKB-internen Warnungen investierte die RVKL weitere 16 Millionen in diese hochriskanten Anlagen. Laut FI-Bericht verzeichnete das Portefeuille von 1999 bis 2002 einen Verlust von 18,2 Millionen bei Investitionen von total 38,5 Millionen. Doch Herzog war auch für ein anderes ominöses *«Portfolio Nostro»* zuständig. In diesem Zusammenhang rief die WKB im Jahr 2001 sogar die Eidgenössische Bankenkommission (EBK) an. In der Folge wurde das Portfolio Nostro aufgelöst und Herzog entlassen. Wie EBK-Sprecherin Tanja Kocher bestätigt, wurden *«die getroffenen WKB-Massnahmen von der EBK via externe Revisionsstelle überprüft.»* Erstaunlicherweise weiss WKB-Vize Albert Bass davon nichts. Es habe *«keine Intervention der EBK»* gegeben. Auch der Staatsrat schweigt sich in seinen WKB-Berichten darüber aus.

Limtech-Direktorium: *Die Goldgräber an der Arbeit (mit Pfeil: Georges Bonvin)*

Herzog und Chambovey belasten Kantonalbank

Herzog wurde von der Kantonalbank mit einem ausgezeichneten Arbeitszeugnis auf die Strasse gestellt: Darin schreibt die WKB-Generaldirektion: *«Herr Herzog arbeitete mit grosser Selbständigkeit und besitzt ausgezeichnete, immer wieder aktualisierte Kenntnisse in seinem Tätigkeitsfeld. Er ist imstande unter Druck zu arbeiten und hat ein grosses Vertrauen in seine Fähigkeiten und führt seine Aufgaben mit grosser Sorgfalt aus.»* Kein Wunder, dass Herzog sogleich Unterschlupf bei der SCS Alliance in Genf fand, wohin er auch das gesamte Portefeuille anticyclique mitnahm, selbstverständlich mit dem Segen der Lehrpensionskasse. Innerhalb von sechs Monaten fuhr er dort weitere Verluste ein, bis im April 2003 CS-Finanzexperte David Chambovey die Liquidation des Portefeuilles übernahm. Zuvor hatte Chambovey im Auftrag der RVKL die katastrophale Anlage-Politik unter die Lupe genommen, was schlussendlich die Affäre ins Rollen brachte. In der Befragung durch das Finanzinspektorat sagte Chambovey, dass *«die Direktion der WKB auf dem Laufenden war, dass Herzog ein «fou» («Verrückter») ist.»*

Herzog wurde im letzten März in Untersuchungshaft genommen. In den Polizeiverhören vom vergangenen März liess er sich nicht zum alleinigen Sündenbock stempeln und belastete die WKB schwer: *«Man muss wissen, dass das Anlagerisiko des Portefeuille nostro zusammen mit der WKB-Anlagekommission entschieden wurde, welche sich alle zwei Wochen traf und die Anlagerisiken evaluierte. Ich muss präzisieren, dass mir infolge der schlechten Resultate, zum Beispiel Orbitex, keine Vorwürfe durch die WKB über meine Art der Verwaltung des Portefeuille nostro gemacht wurden. Dies obwohl die Bank einen Verlust von 11 Millionen Franken während meines letzten Anstellungsjahres verzeichnete.»* Jean-Daniel Papilloud, Präsident der WKB-Generaldirektion, lässt über den Pressesprecher lapidar verlauten: *«Die Justiz ermittelt.»*

PUK soll WKB-Vorgänge untersuchen
Doch die CVP sperrt sich dagegen!

(ktm) Die C-Seilschaften wollen verhindern, dass die PUK ebenfalls die Verantwortung der WKB im Pensionskassen-Skandal untersucht. Zuerst sperrte sich CVP-Grossrat Paul-André Roux aus Grimisuat im Grossen Rat grundsätzlich gegen eine PUK. Sein Dorfgenosse und WKB-Generaldirektor Pierre-André Roux lässt grüssen. Die CVP vertraut auf die CVP-Justiz, welche die Affäre erfahrungsgemäss auf wenige Sündenböcke eingrenzen wird.

Grégoire Luyet: *CVP-Grossrat im Solde der Walliser Kantonalbank*

Als die PUK beschlossene Sache war, gingen die CVP-Störmanöver im Interesse der WKB munter weiter: Die beiden CVP-Fraktionspräsidenten des Mittel- und Unterwallis, Grégoire Luyet und Maurice Tornay, sperrten sich im Büro des Grossen Rates vehement dagegen, dass die PUK auch die Rolle der WKB untersucht. Drei Mal darf man und frau raten, wo Luyet sein Brot verdient? Als Haus-Jurist bei der WKB-Zentrale in Sitten!

Staatsrat zensuriert FI-Bericht
Was will der Staatsrat verbergen?

(ktm) Die Alarmglocken schrillten gleich dreimal laut und deutlich: Zuerst in der Affäre Firsec/Bakhtiar, dann in der Affäre Lithos/Limtech und schliesslich in der Affäre Portfolio Nostro. In der Verwaltungskommission sassen zwei Vertreter des Erziehungsdepartements von Serge Sierro beziehungsweise von Claude Roch. Aber auch Wilhelm Schnyders Departement ist mit Nadine Rey in der Verwaltungskommission vertreten. Pikanterweise war Rey zuerst als Mitarbeiterin des kantonalen Finanzinspektorates in die Kommission gewählt worden. Wenn die Staatsräte die Alarmglocken wirklich nicht hörten, dann lebten sie auf dem Mond!

Doch die Alarmglocken müssen auch jetzt läuten, wenn man den Bericht des Finanzinspektorates mit der Präsentation des Staatsrates vergleicht: Da wurden vom Staatsrat drei Sündenböcke (Rey/Bonvin/Herzog) vorgeführt und die Rolle der Walliser Kantonalbank fast völlig ausgeblendet, obwohl diese im Bericht des Finanzinspektorates minutiös und ausführlich dargestellt ist. Eine solche Zensur ist unentschuldbar, wenn man bedenkt, dass die WKB mehrheitlich dem Kanton gehört. Auch hier stellt sich die Frage: Was hat der Staatsrat zu verbergen?

Kantons-Subventionen für Gsponer & Co.

Ungenügende Verwaltung und fehlende Transparenz

WALLIS – **Die Verwaltungsführung der Informationsstelle Walllis ist laut Bericht des Finanzinspektorates ungenügend, und bei der Gesellschaft zur Förderung der Autobahnrestaurants fehlt die notwendige Transparenz. Beide sind bei der Walliser Handelskammer angesiedelt und kassierten im Jahr 2002 rund 1,6 Millionen Kantonssubventionen.**

VON KURT MARTI

Die VereinigungInformationsstelle Wallis erhielt im Jahr 2002 Kantonssubventionen von 646000 Franken und einen Beitrag von 200000 Franken der Loterie Romande. Geschäftsführer der Informationsstelle ist Thomas Gponer, der Direktor der Walliser Handelskammer. Das Finanzinspektorat rügt in seinem neusten Bericht die Beteiligung der Informationsstelle am 400-Jahr Jubiläum der Escalade in Genf. Gsponers Informationsstelle hat dabei einen Ertragsüberschuss erwirtschaftet. Eigentlich wäre das für den Wirtschaftsprofi sehr erfreulich, doch peinlicherweise kam der Ertragsüberschuss dadurch zustande, dass die Kantonssubventionen höher waren als die effektiven Kosten! Deshalb hat das Finanzinspektorat die Dienststelle für Tourismus und Regionalentwicklung aufgefordert, eine allfällige Rückforderung durch den Kanton zu beurteilen.

Muss InfoVS die Bilanz hinterlegen?

Das Finanzinspektorat stellte im weiteren einen Verlust von 7 020 Franken im Zusammenhang mit erbrachten Leistungen für Gemeinden und Tourismusvereine fest, zurückzuführen auf fehlende Verträge oder Bestellungen. Und das Inspektorat folgert: *«Dies zeigt, dass die Verwaltungsführung in diesem Bereich ungenügend ist.»* Nicht ohne genüsslich festzuhalten, dass die administrativen Arbeiten und die Buchführung auf Mandatsbasis durch die Walliser Handels- und Industriekammer ausgeführt werden. Doch damit nicht genug! Bekanntlich war Gsponers Informationsstelle am Verlust des Expo-Restaurants mitbeteiligt. Vom Gesamtdefizit in der Höhe von 564 000 Franken muss die Informationsstelle 232 000 Franken übernehmen. Falls dieser Betrag nicht durch zusätzliche Einnahmen oder durch Gewinnvorträge gedeckt ist, muss die Informationsstelle gemäss Finanzinspektorat die Ausgaben entsprechend senken: *«Ansonsten könnte die Vereinigung gezwungen sein, die Bilanz zu deponieren»,* folgert das Finanzinspektorat.

Fehlende Transparenz für öffentliche Gelder

Info Valais-Geschäftsführer Thomas Gsponer: *Harte Rügen des Finanzinspektorates*

Die Gesellschaft zur Förderung der Autobahnrestaurants, welche ebenfalls bei der Handelskammer angesiedelt ist, deckt ihre Ausgaben über die Abgabenerträge in der Höhe von 800 000 Franken, und zwar im Auftrag des Kantons. Nun haben die Schlaumeier bei der Handelskammer die Rückstellungen auf Debitoren im Jahr 2002 auf 40000 Franken verdoppelt, um die Rückerstattung an den Kanton zu reduzieren. Laut Finanzinspektorat sind diese Rückstellungen jedoch nicht gerechtfertigt.

Zudem muss auf Geheiss des Finanzinspektorates die BP/ Shell den gemeldeten Umsatz durch das Kontrollorgan bestätigen lassen: *«Die aufgebaute Organisation garantiert nicht die notwendige Transparenz, wie man sie bei der Verwaltung öffentlicher Gelder erwarten kann.»*

Wallis Tourismus: Staatsabbauer wollen mehr Staat!

(ktm) Jérémy Robyr, Präsident von Wallis Tourismus, gehört zu jenen, welche weniger Staat und weniger Steuern propagieren. Sobald sie selbst betroffen sind, rennen sie an den Futtertrog des Staates wie die Schafe zu den Salzsteinen. Die Sparkommission des Grossen Rates schlägt Einsparungen beim Tourismus von 6,9 Millionen vor. Kommentar Robyr: *«Undenkbar!»* Der Walliser Tourismus-Direktor Urs Zenhäusern stellt sogar die Frage, ob der Tourismus nicht ganz verstaatlicht werden sollte. Einen Vorteil hätte dieser Vorschlag auf jeden Fall: Wallis Tourismus (WT) müsste nicht wegen jeder Werbeaktion zum Staat rennen und Geld betteln, obwohl in den WT-Reservekassen eine halbe Million gelagert ist.

Zenhäusern (l) und Robyr: *Tourismus verstaatlichen!*

Studie «Neat und Tourismus»: Falsche Fragen!

(ktm) Das Podiumsgespräch «Neat und Tourimus» in Visp zeigte eines klar: Die Hochschule St.Gallen hatte von der Handelskammer und vom Institut für Wirtschaft und Sozialfragen (IWS) einen falschen Auftrag. Die Studie hätte nicht *«Neat und die Konsequenzen für den Walliser Tourimus»* heissen müssen, sondern *«Neat und die konkreten Massnahmen im Tourismus»*. Es ist unglaublich, drei Jahre vor Eröffnung des Lötschberg-Basis-Tunnels, basteln unsere Tourismus-Pofis immer noch auf Feld eins!

Subventionen für Arnold AG waren illegal

Finanzinspektorat bestätigt

LEUK/SITTEN – **Das Finanzinspektorat macht alles klar: Die Subventionen zu Gunsten der Firmen von Paul Inderkummen waren illegal. Vor einem Jahr hatte die Geschäftsprüfungskommission des Grossen Rates das pure Gegenteil davon behauptet. Im WB und im Grossen Rat jubilierten die Freunde des ehemaligen Parteipräsidenten Inderkummen. Jetzt hat sich das Blatt gewendet!**

VON KURT MARTI

Am 5. Juli 2001 liegt ein Subventionsgesuch der Gemeinde Leuk auf dem Pult des Büros Nummer 111 im 1. Stockwerk des Regierungsgebäudes in Sitten. Es ist das Pult von Jean-Pierre Vollenweider, Adjunkt des Chefs der kantonalen Finanzverwaltung. Auf demselben Stock befinden sich die Büros von Staatsrat Wilhelm Schnyder (Nr. 103) und von Roberto Schmidt (Nr. 138), Jurist beim Rechtsdienst des Finanzdepartementes. Beide sind gute Parteifreunde des Leuker Unternehmers und ehemaligen CSPO-Präsidenten Paul Inderkummen, dessen Pleite-Firmen in den Genuss der ersuchten Subventionen kommen sollen. Eingefädelt wurde das Subventionsgesuch vom Leuker Gemeinderat und CSPO-Sekretär Roberto Schmidt. Der Kanton sollte über zehn Jahre verteilt insgesamt 848 000 Franken an die Gemeinde Leuk zahlen, welche damit den Mietzins für ein Grundstück der Ival Holding des Unternehmers Paul Inderkummen herabsetzen sollte. Ein Grundstück, welches von den beiden Inderkummen-Firmen Arnold AG und Ilfa Rekies AG benutzt wird, welche im Mai 2001 bereits betrieben wurden und ein Jahr später 1,7 Millionen in der Kreide stehen, insbesondere bei der kantonalen Steuerverwaltung (RA vom Februar 2003).

Riskiert ein Beamter Kopf und Kragen?

Die Gemeinde Leuk hatte das Gesuch am 3. Juli abgeschickt. Am 5. Juli gibt die Dienststelle für Regionalentwicklung grünes Licht. Am selben Tag wandert das Gesuch vom 3. Stock des Regierungsgebäudes in den ersten Stock zu Jean-Pierre Vollenweider. Dieser setzt laut Finanzinspektorat *«noch am selben Tag einen simplen Stempel»* unter das Gesuch, *«ohne eine Finanzanalyse für eine kantonale Ausgabe von 848 000 Franken gemacht zu haben. Das ist ein Vorgehen, das nicht akzeptabel ist.»* Pikanterweise hat im Grossen Rat Edith Nanzer, die Präsidentin der Geschäftsprüfungskommission, noch euphorisch gewünscht, *«dass alle Gesuche dermassen speditiv erledigt werden.»* Das Tempo war offenbar so hoch und die Sache so dringend, dass laut Finanzinspektorat (FI) nicht nur die Unterschrift des zuständigen Staatsrates Wilhelm Schnyder fehlt, sondern auch der vorschriftsgemässe Vertrag zwischen der Gemeinde und dem Kanton. Zudem wurde die erste Tranche von 84 800 Franken ausbezahlt, ohne dass die notwendigen Unterlagen der Firma vorher eingereicht wurden. Für diese rechtswidrige Praxis erhielt die kantonale Finanzverwaltung ebenfalls eine scharfe Rüge der Finanzkommission des Grossen Rates.

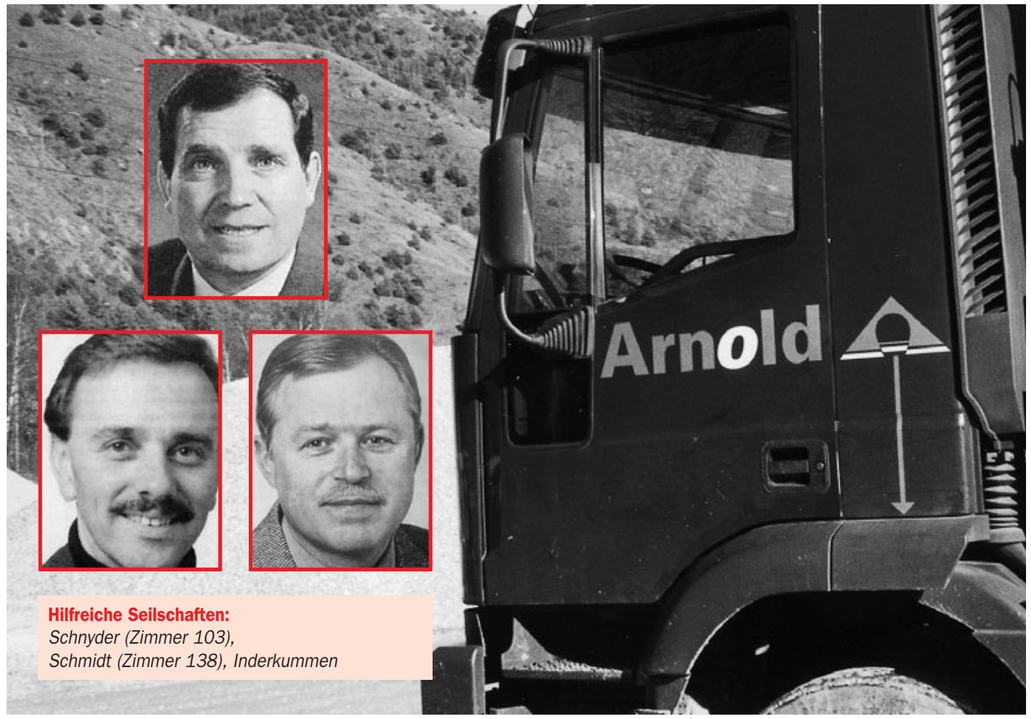
Wer hat Vollenweider beraten?

Wieso Vollenweider die Subvention mit einem Handstreich und ohne weitere Abklärungen gutgeheissen hat und wieso die Unterschrift von Staatsrat Schnyder fehlt, hat das Finanzinspektorat leider nicht untersucht. Auf jeden Fall ist es höchst verwunderlich, dass der Beamte Vollenweider fast eine Million Subventionen vergibt, ohne die finanzielle Situation der Inderkummen-Firmen abzuklären. Dieses Risiko geht kein Beamter ein, wenn er nicht Kopf und Kragen riskieren will. Man kann deshalb annehmen, dass Vollenweider sehr wohl Kurz-Informationen eingeholt hat, und zwar dort, wo sie am nächsten lagen: An der Quelle, auf demselben Stockwerk des Regierungsgebäudes, wo Staatsrat Schnyder und sein politischer Vasalle Roberto Schmidt sitzen. Beiden muss die prekäre finanzielle Situation ihres Parteifreundes und Leuker Präfekten Paul Inderkummen bekannt sein. Es besteht dringend Handlungsbedarf, wenn die Partei nicht Schaden nehmen will.

Vorsätzlich die Staatskasse erleichtert

Auch in einem weiteren Punkt bestätigt das Finanzinspektorat die Kritik der RA: Der Subventionsansatz von 2 Franken pro Quadratmeter entsprach nicht den Vorschriften. Im Reglement sind höchstens 1,5 Franken vorgesehen. Im Jahr ergibt das einen illegalen Mehrbetrag von 21 200 Franken. Haargenau diesen Betrag hat die RA in einem Leserbrief im WB nachgerechnet. In 10 Jahren wäre dabei ein ungerechtfertigter Betrag von 212 000 Franken ausbezahlt worden, hätte die RA nicht interveniert. Jetzt wurden die Zahlungen nach einem Jahr gestoppt. Laut FI handelte es sich dabei nicht etwa um Unkenntnis der Vorschriften. Im Gesuch der Gemeinde an den Kanton, welches der gelbe Gemeinderat Roberto Schmidt bearbeitet hat, wird nämlich der vorgeschriebene Betrag von 1,5 Franken genannt.

Trotzdem hat Schmidt, der nota bene Jurist im Finanzdepartement ist, in Absprache mit seinem Arbeitskollegen Vollenweider eigenmächtig den Betrag von 2 Franken eingesetzt und wollte damit vorsätzlich im Interesse des Parteifreundes Inderkummen die Staatskasse erleichtern. Ob es sich dabei um ein strafbares Delikt handelt, soll der kantonale Untersuchungsrichter prüfen, welcher in dieser Sache bereits vor einem Jahr ein polizeiliches Ermittlungsverfahren eingeleitet hat. Das Finanzinspektorat hat den Staatsrat aufgefordert, den Entscheid zu annullieren und *«unter Berücksichtigung der neu aufgezeigten Sachverhalte einen neuen Entscheid zu erlassen.»* Womit ein weiteres heikles Kapitel aufgeschlagen wird, denn der neue Besitzer der Ival Holding heisst Franz-Josef Volken!



Hilfreiche Seilschaften: *Schnyder (Zimmer 103), Schmidt (Zimmer 138), Inderkummen*

Geschäftsprüfungskommission:
Stümperei im Quadrat!

(ktm) Vor einem Jahr kam die Geschäftsprüfungskommission (GPK) zum Schluss, *«dass das Departement gesetzeskonform gehandelt hat.»* Der WB verbreitete die frohe Kunde mit ungewöhnlich grossen Lettern: *«Arnold AG: Beitrag 2001 rechtens.»* Der CSPO-Fraktionschef Fredy Huber doppelte im Auftrag der Inderkummen-Freunde in einem Leserbrief nach: *«Die Vorwürfe der Roten Anneliese erweisen sich als völlig unbegründet.»* Der FI-Bericht bringt die GPK-Stümperei an den Tag: Die GPK hat bloss die Dienststelle für Wirtschaftsförderung um eine Stellungnahme gebeten, welche dann im GPK-Bericht einfach abgeschrieben wurde.

Untersucht hat die GPK unter dem Präsidium der CVPO-Grossrätin Edith Nanzer und der Subkommission mit CVPO-Grossrat Markus Truffer rein gar nichts, sondern nur kritiklos nachgebetet, obwohl SPO-Grossrat German Eyer auf die gravierenden Mängel der Untersuchung hingewiesen hatte. Offenbar hat die GPK nicht einmal gewusst, dass auch die kantonale Finanzverwaltung an solchen Subventionsentscheiden beteiligt ist, denn davon ist im GPK-Bericht nirgends die Rede. Stattdessen unterstellt die GPK der *Roten Anneliese* Vorwürfe, welche der GPK nachweislich auf dem anonymen Weg zugegangen sind.

Nanzer und Truffer: *Lernen vom Finanzinspektorat tut Not!*

Jetzt schweigen die gelben Kesseltreiber

Kritik der Roten Anneliese

Die gelben Kreditschädiger

(ktm) CSPO-Sekretär Roberto Schmidt und CSPO-Fraktionspräsident Fredy Huber wurden nicht müde gebetsmühlenartig immer dieselben Vorwürfe zu präsentieren: Die *Rote Anneliese* betreibe ein politisches Kesseltreiben gegen die Verantwortlichen in Kanton und Gemeinden. Huber verstieg sich im Grossen Rat gar zum Vorwurf der Kreditschädigung und wehrte sich im Auftrag der gelben Mischler dagegen, dass das Finanzinspektorat den Fall untersucht. Nachdem das Finanzinspektorat klar gesagt hat, wer hier wen geschädigt hat, nämlich die gelben Wirtschaftsförderer den Staat und auch den Ruf der Roten Anneliese, ist die CSPO sehr leise geworden. In der letzten Mai-Session, als der FI-Bericht vorlag, blieben die Gelben ganz stumm.

Huber: *Jetzt schweigen die gelben Kesseltreiber.*

Arnold AG: Beitrag 2001 rechtens

Untersuchung der Geschäftsprüfungskommission des Grossen Rates zur Gewährung von Wirtschaftsförderungsbeiträgen

WB-Schlagzeile vom 19. Februar 2003

Zweite Verlängerung der Nachlassstundung

(ktm) Nachdem die Nachlassstundung der Arnold AG bereits zwei Mal sechs Monate gedauert hat, gewährte das Bezirksgericht Leuk bereits eine weitere Verlängerung für sechs Monate. An der Gläubigerversammlung vom 27. Mai wurden die Eingeladenen vom Treuhandbüro Marugg und Imsand mit banalen Ausreden hingehalten.

CSPO: Der Abstieg!

(ktm) *Die Enthüllungen der Roten Anneliese über die konkursiten Firmen des früheren CSPO-Präsidenten und Leuker Vizepräfekten Paul Inderkummen haben den Gelben die Augen geöffnet. Die Wahl Inderkummens zum Präfekten ist unerwünscht. Die Partei steht vor der Zerreissprobe. Neun Monate vor den Staatsratswahlen haben die Gelben bereits verloren. Jetzt balgen sie sich um das lumpige Amt eines Präfekten. Der Abstieg in die kommunale Liga ist unausweichlich. Später winken die Grümpelturniere.*

Das ist nicht weiter schlimm. Eine Flurbereinigung der C-Parteien ist bitter notwendig. Die gelb-schwarzen Streitereien spalten das Oberwallis und blockieren mit immer kopfloseren Interventionen eine vernünftige Entwicklung. Das kostet die OberwalliserInnen nicht nur Nerven, sondern eine happige Stange Steuergelder. Die Lösung ist einfach: Die wirtschaftsliberalen Gelben gehen zur FDP, die konservativen zur CVP, die ausländer- und europafeindlichen zur SVP und die sozialen, grünen und geistig liberalen zur SP.

Folglich darf es keine rotgelbe Allianz in den nächsten Staatsratswahlen geben, wie gelbe Strohhalm-Klammerer es monieren. Aber es gibt dafür noch einen wichtigeren Grund: Die SP-Basis goutiert einen solchen Polit-Schabernak um Macht und Ämter überhaupt nicht. Die Parteien sind dafür da, sich gegenseitig auf die Finger zu schauen und zu klopfen, aber sicher nicht, um wie Beutegeier die besten Stücke aus dem Leib des Staates herauszureissen.

Erinnern Sie sich noch...?

Wie Steuergelder baden gehen

NATERS – Anfangs der 90-er Jahre fand in der Natischer Turnhalle Turmmatte eine legendäre Urversammlung statt. Traktandiert war der Bau eines Schwimmbades im Natischer Feld. Die Halle war gerammelt voll. Die Planer lobten ihr Projekt in den höchsten Tönen. Kritische Stimmen wurden abgeputzt. Die Versammlung stimmte dem Kredit zu. Inzwischen gingen 7.6 Millionen Steuergelder baden. Damit ist das Schwimmbad Bammatte das rekordverdächtig teuerste Schwimmbad in ganz Westeuropa, das entgegen den einstigen Versprechen nicht funktioniert. Die SP Naters war die einzige Partei, die sich gegen die Realisierung des Schwimmbades Bammatta aussprach. Für die SP war schon damals klar, dass in der Region Brig-Glis/Naters nur ein einziges regionales Schwimmbad Sinn macht. Auch gab es an der besagten Urversammlung zum Kreditbeschluss kritische Stimmen, die vor den Investitionen dringend warnten. Sie wurden von den planenden Architekten wie Schulbuben mit unflätigen Sprüchen abgekanzelt.

Lug und Trug

Den versammelten Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern wurde an der Urversammlung seitens der Planer das Blaue vom Himmel versprochen: Das Schwimmbad werde mit einer geschlossenen Passerelle und einem verglasten Turm ausgerüstet. Das Wasser werde während der Zeit vor und nach den heissen Sommermonaten mit erneuerbarer Energie aufgewärmt. So könne man und frau vom Frühling bis in den Herbst das Baden und Plantschen im wohlig temperierten Wasser geniessen. Von der Garderobe gehe man und frau mit Kind im Bademantel durch die geschützte Passerelle, der Bademantel werde im Glasturm fein säuberlich abgelegt und über eine Treppe gleite man und frau ins herrlich warme Wasser. Im Rückspiegel betrachtet weisen sich alle Versprechen als Lug und Trug. Nix mit gedeckter Passerelle, nix mit verglastem Glasturm, nix mit temperiertem Wasser. Stattdessen Rost und Schrott, bitterkaltes Wasser im Vor- und Spätsommer, dazwischen hundsnormales Badewasser. Und ein Riesenberg Steuergelder, die im Schwimmbad versenkt wurden.

German Eyer

Schwimmbad Bammatta: *Freie Sicht aufs Wasser ohne Passerelle und ohne Turm.*

Der abgekupferte Kreisel

BRIG-GLIS/NATERS – Die Gemeinderäte von Brig-Glis und Naters lieben Leitbilder. In schöner Regelmässigkeit werden Projektideen irgendwo abgekupfert, in eine Studie verpackt, als Leitbild verabschiedet und schubladisiert. Jetzt aber soll eine Idee des letzten Leitbilds ganz ernsthaft realisiert werden: der Bau eines Kreisels bei der Rhonebrücke zwischen Brig-Glis und Naters. Genau der gleiche Kreisel, wie er vor 15 Jahren vom Verein «Rottuweri» vorgeschlagen wurde. Damals wurde der Vorschlag der besorgten AnwohnerInnen von der bürgerlichen Ratsmehrheit abgeschmettert. Technisch nicht machbar, war seinerzeit die lapidare Begründung. Wegen dem Bau der Umfahrungsstrasse sollte der Rotten ursprünglich in ein enges Betonkorsett gezwängt werden. Dies führte zu heftigstem Widerstand seitens der betroffenen Anwohnerschaft auf der Natischerseite des Rottens. Um den Widerstand zu organisieren wurde der Verein «Rottuweri» gegründet. Mittels Petitionen und Einsprachen konnte dank des Vereins die Einsargung des Rottens verhindert werden.

Kreisel bei der Rottenbrücke:
Teure Lernprozesse der C-Ratsmehrheit

NJET der Behörden

Neben umweltschützerischen Verbesserungsvorschlägen unterbreitete der Verein «Rottuweri» seinerzeit auch verkehrstechnische Verbesserungsvarianten. Darunter gehörte der Bau eines Kreisels mit Vollanschluss bei der neuen Rhonebrücke. Die Initianten erstellten Projektskizzen und präsentierten diese den verantwortlichen Behörden. Die Antwort kam postwendend: ein Kreisel müsse schön horizontal liegen, was im vorliegenden Fall technisch nicht machbar sei. Ein Kreisel an diesem Standort werde immer in Schieflage liegen und dafür gebe es aus sicherheitstechnischen Gründen keine Bewilligung. Basta.

Die Kehrtwende

Was vor rund 15 Jahren technisch unmöglich war, geht heute im genau gleichen Terrain problemlos über die Bühne. Das Kreiselprojekt wurde ausgeschrieben, es gingen keine Einsprachen ein und demnächst soll mit den Bauarbeiten begonnen werden. Voilà. Und was sich in der Zwischenzeit zusätzlich geändert hat, ist die Finanzierung. Hätte man schon damals auf die Lösung des Vereins «Rottuweri» gesetzt, wäre der Kreisel im Zusammenhang mit dem Bau der Umfahrungsstrasse mit Bundesgeldern hoch subventioniert worden. Jetzt muss das relativ neue Anschlusswerk wieder auf- und abgebrochen und durch einen Kreisel ersetzt werden. Und die Kosten von rund 2 Millionen Franken können sich die beiden Gemeinden und der Kanton schwesterlich teilen. So geht das.

German Eyer

Bio-Landbau bringt mehr Direktzahlungen

Wallis schlecht im Rennen

SITTEN – **Im Vergleich zu anderen Kantonen hinkt das Wallis bei den ökologischen Direktzahlungen seit Jahren hinter her. Die alten Zöpfe sind noch nicht alle abgeschnitten. Staatsrat Wilhelm Schyder, die Dienststellen für Landwirtschaft sowie Wald und Landschaft und die Landwirtschaftskammern sind gefordert, die Zeichen der Zeit zu erkennen und den Bio-Landbau gezielter zu fördern.**

VON HILAR EGGEL

Der Kanton Wallis zählt zur Zeit 285 Bio-Betriebe, was einen Anteil von 7,6 % der landwirtschaftlichen Betriebe ausmacht. Nicht nur der Kanton Graubünden mit über 50% Bio-Betrieben, sondern auch die umliegenden Bergkantone haben den Kanton Wallis überflügelt: Uri 8,2%, Schwyz 9,3%, Glarus 23%, Obwalden 27,8%, Nidwalden 12,9% und Zug 14%. Auch wenn im Wallis die Zahl der Bio-Betriebe von 36 im Jahr 1992 auf 285 im Jahr 2004 gestiegen ist, müssen zusätzliche Anstrengungen unternommen und das vorhandene Potential besser ausgeschöpft werden. Die Mannschaft um Staatrat Wilhelm Schnyder wie die Vertreter der Landwirtschaftsverbände müssen konsequenter die Förderung des Bio-Landbaus an die Hand nehmen.

Die Bio-Beiträge sind zukunftsicher

Als besonders umweltfreundliche Produktionsform (Agrarbericht 2000, Bern) wird der Bio-Landbau vom Bund gefördert. Im Jahr 2001 sind die Beiträge denn auch erhöht worden – eine bemerkenswerte Ausnahme im Chor der Musikanten, die nur noch Sparhymnen singen (bei Grün- und Streuflächen um 100 Franken pro Hektare; bei offener Ackerfläche und Spezialkulturen um 200 Franken). Der Kanton Graubünden hat durch die Erhöhung der Beiträge im Jahr 2001 Mehreinnahmen von 2,5 Millionen Franken erzielt; der Kanton Wallis bloss 350 000 Franken (*siehe Grafik*). Wer in die Zukunft blickt, investiert daher mit Vorteil in den Bio-Landbau.

Die KonsumentInnen verlangen Bio-Produkte

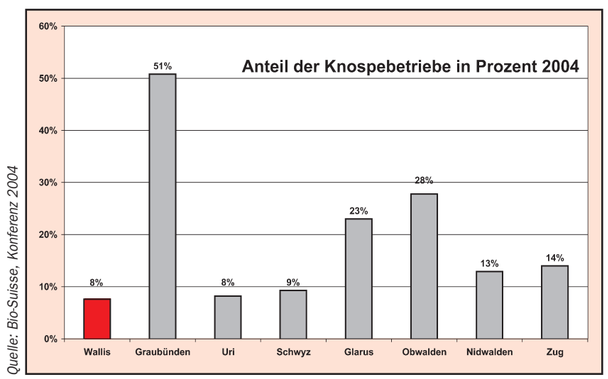
In der Landwirtschaftspolitik muss konsequent diejenige Bewirtschaftungsform gefördert werden, die naturnah, tiergerecht und ökologisch ausgerichtet ist. Obwohl in den letzen Jahren Fortschritte erzielt wurden, sind die kantonalen Stellen und die Landwirtschaftsverbände weiterhin gefordert. Denn fest steht: Die KonsumentInnen wollen eine ökologische und tiergerechte Landwirtschaft. Und der Bund wird auf Druck der Konsumentenschaft sich weiterhin bereit erklären, ökologische Leistungen mit finanziellen Mitteln abzugelten. Zudem sind die Marktchancen für gesunde, naturnahe, biologische Produkte überaus günstig, wie Umfragen immer wieder bestätigen. In der Landwirtschaftspolititik müssen daher die Zeichen der Zeit erkannt werden. Mit anderen Worten: Der Bio-Landbau muss als die Chance für die Berglandwirtschaft begriffen und auch durchgesetzt werden.

Öko-Vernetzungsprojekte: Unbürokratisch durchsetzen!

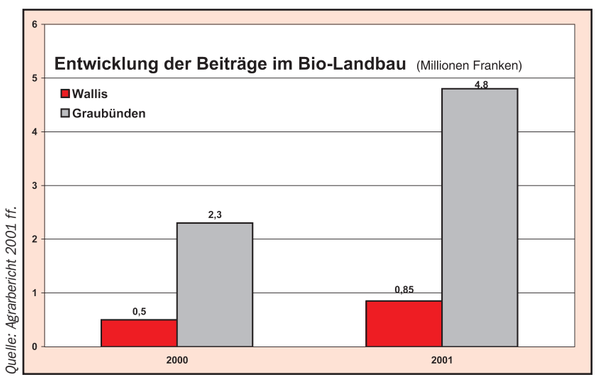
Um die Artenvielfalt zu erhalten und zu fördern, unterstützt der Bund auf der landwirtschaftlichen Nutzfläche ökologische Ausgleichsflächen von besonderer Qualität. Die Verordnung des Bundes sieht aber auch vor, dass für untereinander vernetzte ökologische Ausgleichsflächen zusätzliche Beiträge ausgerichtet werden. Wie uns der Projektleiter, Gerhard Schmid von der Dienststelle für Landwirtschaft, mitgeteilt hat, verfügt die Gemeinde Ried-Mörel bereits seit 2003 über ein Öko-Vernetzungsprojekt (ÖVP); in Zeneggen und in Bitsch steht je ein solches ÖVP vor der Vertragsunterzeichnung; in Obergesteln und im Rahmen des regionalen Landschaftsparkes Binntal stehen solche ÖVP in Bearbeitung.

Bundesamt für Landwirtschaft ist anderer Meinung

Das Problem, das nun aufgetaucht ist, liegt in der Festlegung des Schnittzeitpunktes für die artenreichen Wiesen. Peter Keusch, von der Dienststelle für Wald und Landschaft, macht geltend, dass eine Vorverschiebung des Zeitpunktes nur innerhalb einer Frist von 14 Tagen möglich ist. Recherchen der RA beim Bundesamt für Landwirtschaft haben aber ergeben, dass nach Art. 45, 3bis die kantonale Fachstelle für Naturschutz Nutzungsvorschriften erlassen kann, die eine Fristverlängerung über die 14 Tage hinaus ermöglichen. Da die ausschlaggebende Rolle, wie Gerhard Schmid richtigerweise festhält, «der effektive Vegetations- und Reifestand... und nicht das Kalenderdatum» spielt, muss der Spielraum, den das Gesetz gewährt, ausgenützt und den Vertragspartnern dementsprechend auch entgegen gekommen werden. Die Einigung muss nun rasch und unbürokratisch erfolgen, ansonsten den kantonalen Ämtern die finanziellen Mittel des Bundes davon schwimmen. Es wäre dies nicht das erste Mal.



Quelle: Bio-Suisse, Konferenz 2004



Quelle: Agrarbericht 2001 ff.

Psychiatrie-Zentrum Oberwallis: Was ist los?

VON KURT MARTI

Auf dieser Seite hätte ein Beitrag über die Führung des Psychiatrie-Zentrums Oberwallis (PZO) erscheinen sollen. Kurz vor Druck der *Roten Anneliese* mussten wir einen zweiseitigen Artikel aus der Zeitung nehmen, weil sich die Informationspersonen vor Repressionen fürchten.

Beim Gesundheitsdepartement ist unter anderem eine diesbezügliche Aufsichtsbeschwerde hängig. Wir fordern Staatsrat Thomas Burgener und die Verantwortlichen des Gesundheitsnetzes dringend auf, im Interesse der PatientInnen und der Angestellten die Vorwürfe abzuklären und nötigenfalls Massnahmen zu treffen.

Die *Rote Anneliese* bleibt dran!

Dr. med. Achim Möbes: Falscher Titel?

(ktm) Hat PZO-Chefarzt Achim Möbes eine Dissertation gemacht, welche ihn zum Tragen des Titels Dr. med. berechtigt? Diese Frage wird in einer Aufsichtsbeschwerde ans Gesundheitsdepartemt aufgeworfen. Tatsächlich schreibt sich Chefarzt Möbes in Briefen Dr. med. und auch auf der Homepage des Berner Zentrums für Systemische Therapie und Beratung (ZSB), wo Möbes doziert, steht der entsprechende Doktor-Titel.

Spitalsoftware produziert Doktoren!

Laut eigenen Angaben hat Möbes tatsächlich keine Dissertation und er redet sich heraus: *«Aber ich habe den Titel des Dr. med. auch nie geführt.»* Die folgenden Aussagen hat Möbes zwar gegenüber der RA gemacht, wollte aber bei der Bestätigung der Zitate nicht mehr dazu stehen: Wenn auf den Briefen trotzdem Dr. med. stehe, habe das mit der Spitalsoftware zu tun, in welcher der Dr. med. für einen Chefarzt vorprogrammiert sei. Selbst das Gesundheitsdepartement, das ja am besten wisse, dass er keine Dissertation habe, schreibe ihn jedes Mal mit Dr. med. an. Das gelte auch für die Assistenzärzte, welche ja ebenfalls keine Dissertation haben.

Fachliche Anforderung für PZO-Chefarzt erfüllt

Das Gesundheitsdepartement hat Möbes trotz der fehlenden Dissertation angestellt, und zwar mit der Bedingung, dass er die Dissertation nachholt, was offenbar noch nicht der Fall ist. Dazu Möbes: *«Ich betone, dass ich den Facharzt FMH für Psychiatrie und Psychotherapie besitze. Für den Facharzt-Titel ist die Dissertation nicht notwendig.»*

Nazi-Skin-Tourismus kommt in Mode

Brutaler Übergriff auf Jugendliche

BRIG-GLIS – **Ende Mai kam es in Brig-Glis zu einem brutalen Übergriff von Nazi-Skins auf zwei Oberwalliser Jugendliche, welche ins Spital eingeliefert werden mussten. Wie Zeugen und Opfer berichten, war das Verhalten des Einsatzleiters der Kantonspolizei nicht akzeptabel. Die Kapo dementiert vehement: *«Der Einsatzleiter hat sehr gut gearbeitet.»***

Sonntag, 30. Mai 2004, morgens um 3.30 Uhr auf der Saltinabrücke: Zwei angeheiterte Jugendliche machen Autostopp als plötzlich ein weisser Subaru gefährlich nahe neben ihnen vorbeifährt und die Hand des einen streift. Der Auftakt zu einem brutalen Übergriff, denn 15 Minuten später stehen die beiden Kollegen vor dem Zeughaus in Glis und sehen wiederum den weissen Subaru vorfahren. Der Subaru hält an und die beiden gehen hin, um sich wegen dem gefährlichen Vorfall zu beschweren.

Fussschläge gegen den Kopf und in die Rippen

Bevor sie etwas sagen können, steigen sechs Nazi-Skins, wovon vier aus anderen Kantonen waren, aus dem Auto und brüllen: *«So, jetzt haben wir euch.»* Einer der beiden Kollegen wird kurzerhand von einem Nazi-Skin gepackt und an einen Zaun geschleudert, wo er liegen bleibt. Gleichzeitig beginnen die anderen Nazi-Skins auf den anderen der beiden Kollegen einzuschlagen. Auch als dieser bereits wehrlos auf dem Boden liegt, schlagen sie mit den Füssen weiter auf den Kopf, in den Rücken und in die Rippen. Dann schleifen sie ihn am Boden die Seitengasse hinunter. Besonders fanatisch schlägt ein Basler Nazi-Skin auf ihn ein. Er ruft dabei immer wieder: *«I bi Basler, du Zecke! I mach di kaputt!»* Sogar die anderen Nazi-Skins müssen ihn dreimal energisch vom wehrlosen Opfer wegziehen. Im Auto hat er gerufen: *«Ich wollte ihn umbringen. Warum habt ihr mich daran gehindert?»* In dieser Art wird der Vorfall von mehreren Zeugen geschildert.

Einsatzleiter der Polizei schockiert Opfer und Zeugen

Die Zeugen des Übergriffs alarmieren die Polizei und den Krankenwagen. Als die vier Kantonspolizisten eintreffen, liegen die beiden Opfer noch am Boden. Laut Zeugen stösst der Einsatzleiter den Verletzten mit dem Fuss und befiehlt: *«Hopp, jetz üf! Was isch de? Tiet nit derglichu!»* Der Einsatzleiter schockiert Opfer wie Zeugen mit seinem inakzeptablen und autoritärem Auftreten. Die anderen, jüngeren Polizisten verhalten sich korrekt. Die vier Zeugen mussten den Opfern auf die Beine helfen, damit sie ins Polizeiauto einsteigen konnten. Der Krankenwagen wurde von der Polizei abbestellt und diese fuhr mit den Verletzten ins Spital. Eine Polizistin blieb auf Platz und nahm das Protokoll auf.

Als das Polizeiauto beim Spital eintrifft, ist das erste, was den Einsatzleiter interessierte, ob die Opfer Alkohol im Blut haben und er schockiert die beiden Opfer mit dem Vorwurf, wenn man so aussehe und sich so anziehe, müsse man mit Schlägen rechnen. Danach wurden die beiden Opfer verarztet. Ergebnis des Übergriffes: Mehrfache Rippenquetschungen, Prellungen am ganzen Körper, Verlust eines Zahnes, weitere Zähne mussten fixiert werden, Gefahr des Verlustes weiterer Zähne, Platzwunde am Kinn, grobe Schürfungen am Rücken.

Tourismus ja, aber kein Nazi-Skin-Tourismus

Der Vorfall zeigt es deutlich: Die Oberwalliser Nazi-Skin-Szene verfügt über gute Kontakte zu Nazi-Skins in anderen Kantonen. Nicht zum ersten Mal wird in Brig-Glis Jagd auf Oberwalliser Jugendliche gemacht. Das Wallis lebt vom Tourismus, aber auf Nazitouristen aus anderen Kantonen können wir getrost verzichten. Der einzige mit Namen bekannte Täter aus dem Oberwallis bestreitet, die anderen Täter zu kennen. Nicht sehr glaubwürdig, da er sie noch auf den Bahnhof fuhr, was er ein paar Tage später gegenüber den Opfern zugegeben hat. Eine Anzeige wurde eingereicht.

Stellungnahme der Kantonspolizei

SITTEN – Renato Kalbermatten, Mediensprecher der Kantonspolizei, bestätigt den Übergriff auf die beiden Jugendlichen. Eine diesbezügliche Untersuchung sei am Laufen und bereits seien Zeugen einvernommen worden. Kalbermatten stellt sich allerdings vor den Einsatzleiter der Kantonspolizei: *«Dem Einsatzleiter kann kein Vorwurf gemacht werden. Er hat korrekt gehandelt.»* Und er dreht den Spiess um und behauptet, die beiden Opfer hätten die Polizisten ihrerseits verbal attackiert. Das stellen die Zeugen am Tatort vehement in Abrede. Die Opfer seien dazu gar nicht im Stande gewesen!

Krieg in Tschetschenien

Bergvolk wird gnadenlos zerrieben

GROSNY – **Mit dem Bombenanschlag auf den von Wladimir Putin eingesetzten tschetschenischen Präsidenten Ahmed Kadyrow am 9.Mai wurde der vergessene Krieg in Tschetschenien wieder ins Gedächtnis gerufen. Die Geschichte des tschetschenischen Widerstands indes ist lang.**

VON ANDREA SCHILD

1818 errichtete der Oberkommandant der russischen Kaukasusarmee Jermolov die Festung Grosny («furchterregend, gnadenlos») als Stützpunkt für Strafexpeditionen gegen die widerspenstige Bergbevölkerung, welche in Clans organisiert war. In den Jahren 1832–1859 leitete der Clanchef Imam Schamil einen Widerstandskrieg gegen das Zarenreich unter Alexander I. Drei Jahre vor Beendigung des Konflikts unterschrieb er ein Abkommen, welches die Region dem Zaristischen Reich einverleibte.

Zerstörtes Grosny: *Gnadenlose Grossmacht-Interessen*

Deportation nach Zentralasien

Drei Jahre nach der Oktoberrevolution 1917 bekam Tschetschenien den Status einer autonomen Sowjetrepublik der Bergvölker, zerfiel jedoch bald in separate ethnische Bestandteile. Während der Anfangszeit der Stalinherrschaft kam es zu massiven Widerständen gegen die Kollektivierung der Landwirtschaft und zu Kämpfen gegen die Rote Armee. 1937 wurde im Zuge des *«Generalschlags gegen antisowjetische Elemente»* eine tschetschenische Guerilla gegründet.

1944 liess Stalin 450 000 Tschetschenen und Inguschen nach Zentralasien deportieren. Unter dem Vorwand der Kollaboration mit dem deutschen Feind sollte der Widerstand geschwächt werden. Chruschtschow erlaubte die Rückkehr 1957. Die Generation, welche vor allem noch im ersten Tschetschenienkrieg gekämpft hatte, wurde ausserhalb der Heimat geboren. Die Auseinandersetzung mit dem Schicksal der eigenen Nation ist allgegenwärtig.

Raubkapitalismus mit Erdöl

1994 rief Jelzin den Notstand im gesetzlosen Gebiet aus, weil sich im ungeklärten, teilautonomen Status der Region ein unkontrollierter Raubkapitalismus verbreitete. Am El Dorado der russischen Oligarchen, welche mit Ölpipelines ein lukratives Geschäft machten, beteiligten sich auch tschetschenische Clans, welche die Ausschaffung der Gelder erleichterten. Jelzin rechtfertigte einen Luftangriff mit der Wiederherstellung der verfassungsmässigen Ordnung, obwohl Tschetschenien am 27.11. 1990 seinen verfassungsrechtlichen Austritt aus der UdSSR verkündete und sich sofort Attribute der Eigenstaatlichkeit beilegte – eine neue Verfassung, eigene Staatssymbole und eigene Streitkräfte. Die auf ein paar Tage angelegte russische Invasion endete in einem erbitterten Häuserkampf. Beim Angriff starben mehr als 100 000 Zivilpersonen, die Infrastruktur wurde komplett zerstört.

1997 unterschrieben Boris Jelzin und Aslan Maschadow, der laut OSZE fair gewählte Präsident Tschetscheniens, einen Friedensvertrag, worin die Unabhängigkeitsfrage um 5 Jahre verschoben wurde. Putin setzte später lieber auf einen russlandtreuen Mann: Kadyrow. Seine Wahl hatte mit Demokratie jedoch nichts zu tun. Er galt als verhasster Frontenwechsler, der eine Reihe Anschläge überlebte. Inzwischen nimmt der zweite Krieg katastrophale Ausmasse an: Säuberungen nächtliche Entführungen, Hinrichtungen, Vertreibungen. Freisprüche für Kriegsverbrecher wie der wegen Mordes und Vergewaltigung durch Zeugenaussagen belastete Juri Budanow, hochrangiger russischer Offizier, bezeugen einen rechtlosen Zustand. Immer mehr junge Tschetschenen schliessen sich dem bewaffneten Widerstand an und sind mangels Alternative offen für aufkommende islamistische Ideen.

Bush, Blair, Schröder: Interessen vor Prinzipien

Karl Grobe-Hagel, Russland-Journalist, sieht als einzig realistische Möglichkeit für eine Beendigung des Kriegs die Rückkehr zum Friedensabkommen mit Maschadow, einem Vertrag zwischen zwei gleichberechtigten Parteien. Verhandlungen jedoch lehnt Putin kategorisch ab. Bush, Blair, Schröder stehen hinter Putins Kampf gegen den *«internationalen Terrorismus»*.

Die Sensibilisierung der Öffentlichkeit ist Sache der Medien in einer rechtsstaatlichen Demokratie. In Russland ist die Rolle der vom Staat abhängigen einflussreichen Medien verheerend, weil Skandale unter den Teppich gewischt und Informationen ungeprüft übernommen werden. Wer nicht spurt, wird verklagt und aus irgend einem fadenscheinigen Grund aus dem Verkehr gezogen. Es ist wohl keine Übertreibung von einer grossen Kluft zwischen deklarierter und tatsächlicher Realität zu sprechen. So wird ein Volk wie das der Tschetschenen negativ wahrgenommen. Bloss: wie wird der Konflikt in den westlichen, demokratischen Ländern beurteilt? Hier herrscht in diesem Fall eine andere Klausel: Interessen vor Prinzipien.

Tschetschenien

Vor Kriegsbeginn 1994 lebten in Tschetschenien 920 000 Einwohner. Davon waren drei Viertel TschetschenInnen und ein Viertel RussInnen. In der Hauptstadt Grosny lebten knapp 500 000 Menschen; heute sind es noch 90 000. Rund 400000 TschetschenInnen sind nach Inguschetien geflüchtet.

Wussten Sie schon, dass...

...Otto G. Loretan die Bauschulden seiner Villa in Randogne noch immer nicht bezahlt hat und jetzt betrieben wird?

Bekanntlich wollte Otto G. Loretan seine 1,5 Millionen teure Villa an Weihnachten und schliesslich an Ostern abzahlen. Nach dem Christkind hatte auch der Osterhase kein Erbarmen. Ende Mai waren die Konten der Baufirmen immer noch leer. Jetzt haben die Baufirmen die Betreibung auf Pfandverwertung eingereicht. Doch so rasch geht das nicht. Auf jeden Fall muss sich Otto G. keine Sorgen machen. Wenn das Kantonsgericht Loretans Rekurs gegen das Urteil im Leukerbadprozess abgelehnt, hat er ohnehin ein Dach über dem Kopf. Freilich etwas weniger nobel.

...der Altersheim-Tiefschlaf der Natischer Präsidentin Edith Nanzer eine halbe Million Franken gekostet hat?

Das geplante Altersheim Sankt Michael in Naters hat den Boden für über 600 Franken pro Quadratmeter kaufen müssen, weil Ende der 90er Jahre der Natischer Gemeinderat, insbesondere die Gemeindepräsidentin Edith Nanzer, geschlafen hat. Denn damals wurde die Hälfte des Bodens für rund 400 Franken angeboten. Niemand zeigte Interesse, so dass schlussendlich der Architekt Elias Balzani die günstige Gelegenheit ergriff. Ein Jahr später wurde der Boden für rund 600 Franken ans Altersheim abgetreten, mit einem satten Mehrwert von rund einer halben Million Franken, offenbar begründet durch die Planungskosten für ein Mehrfamilienhaus.

...der Obergestler Gemeindepräsident Hans Hallenbarter eine Klagemauer für alle seine Neider errichten liess?

Der Obergestler Gemeindepräsident Hans Hallenbarter hat immer pfiffige Ideen. Neuerdings liess er entlang des Milibaches nördlich des Dorfes eine rund 100 Meter lange und ein Meter hohe Klagemauer für alle seine Neider erbauen. Leider ohne Bewilligung der Kantonalen Baukommission, welche nun unerbittlich verlangt, dass die Mauer des Anstosses zugeschüttet wird. Die *Rote Anneliese* findet dieses Vorgehen des Kantons unverhältnismässig und grob. Die Mauer muss aus Gründen des Heimatschutzes für zukünftige Generationen erhalten bleiben.

Buchbesprechung

Der Tänzer

***«Das Leben eines Mannes ist, wenn es gut ist, älter als er selbst»*, sagte der russische Tänzer Nurejew einmal.**

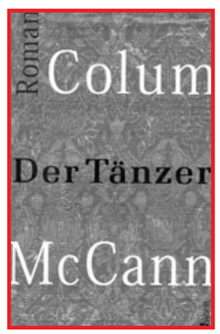
Colum Mc Cann erzählt die Geschichte über Nurejew, welcher am 17. März 1938 in der Transsibirischen Eisenbahn in die Welt hineingerüttelt wurde und am 17. März 1993 in Paris starb. Rudi, wie er als Kind genannt wird, tanzt mit 5 Jahren vor Verwundeten des 2. Weltkrieges und verkürzt ihnen damit den Tag. Sein Talent wird durch die Ballett-Diva Anna, welche ihrem Mann in die sibirische Verbannung gefolgt ist, gefördert und entdeckt. Später geht er nach Leningrad, wo er durch hartes Training bald einmal zu den besten Tänzern gehört.

Von da an geht es nur noch aufwärts, was das Tanzen anbelangt. Beim ersten Europa-Auftritt setzt er sich von seiner Truppe ab, und damit beginnt seine Leidenszeit. Russland hat ihm endgültig den Riegel geschoben. Er darf nicht mehr zurück. Auch seine Eltern und seine Schwester dürfen mit dem Landesverräter nicht mehr in Kontakt treten. Russland schämt sich seiner Homosexualität!

Im Exil pflegt er einen extravaganten Lebensstil und macht die Bekanntschaft mit Stars wie Andy Warhol, Jimi Hendrix und Mike Jagger. Aber die Sehnsucht nach Russland bleibt: *«Manchmal fühlt sich mein Herz an, als wäre es unter Hausarrest.»*

Ein starker Roman, eingebettet in Stimmen aus Russland, welche von den Welten diesseits und jenseits des eisernen Vorhanges berichten.

Von Marie-Theres Kämpfen
Buchhandlung www.wegenerplatz.ch

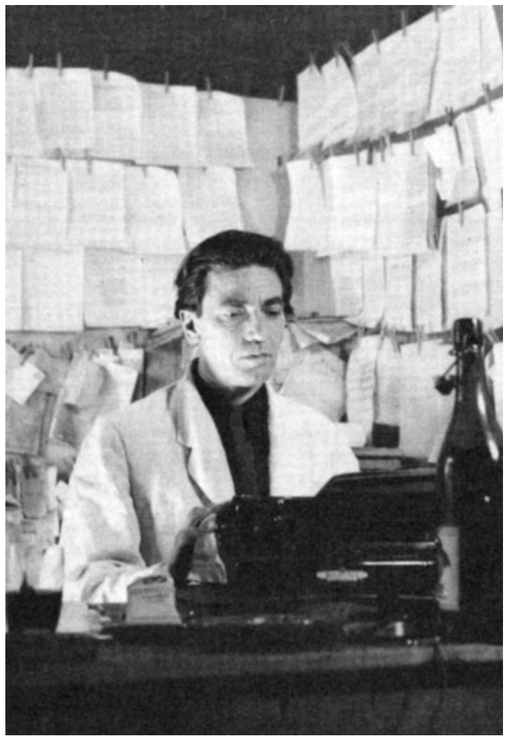


McCann Colum:
Der Tänzer
Verlag Rowohlt:
Fr. 38.60,
ISBN 3-498-04476-1

Ludwig Hohl
Von Notizen, Nuancen und hereinbrechenden Rändern

Ludwig Hohl (1904–1980) war das «enfant terrible» der deutschschweizer Literatur des 20. Jahrhunderts und einer der grossen «unbekannten» Figuren der Schweizer Literatur. Er lebte ein Leben, das radikal und ausschliesslich seiner Arbeit verpflichtet war. Sein Werk, in dessen Zentrum «Die Notizen oder Von der unvoreiligen Versöhnung» steht, hat zahlreiche Schriftsteller wie Friedrich Dürrenmatt, Max Frisch, Peter Bichsel oder Adolf Muschg beeinflusst. Über 20 Jahre lang lebte und arbeitete er in ständiger materieller Not und sozialer Isolation in einem Kellergemach in Genf, was seinen Ruf als Sonderling und Aussenseiter prägte. Breitere Aufmerksamkeit erlangte Hohl erst in hohem Alter.

VON HILAR EGGEL



Ludwig Hohl am Schreibtisch im Keller an der Rue David-Dufour 8 in Genf, umgeben von Manuskripten an den Wänden und an Wäscheklammern (Juni 1945); (Foto: ATP-Bilderdienst)

Ludwig Hohl, der grosse Einsame, der bekannteste Unbekannte, der von vielen Gerühmte, aber von wenigen Gelesene wurde am 9. April 1904 in Netstal im Kanton Glarus geboren und lebte von 1924 bis 1936 ausserhalb der Schweiz, die letzen drei Jahre davon in Holland, «in grösster geistiger Einöde», wie er diese prüfungsvollen Jahre selbst kennzeichnete. Dennoch verfasste er in dieser Zeit sein Hauptwerk, die «*Notizen*», fast tausend Seiten lang mit dem wegweisenden Untertitel «*Von der unvoreiligen Versöhnung*».

Seit 1937 lebte Hohl, der aus wohlhabendem Haus stammte, in bescheidensten Verhältnissen in Genf. Trotz miserabler Lebensumstände und mangelnder Bestätigung von aussen blieb er seiner Berufung, der Schriftstellerei, treu. Das brachte ihm einerseits die Bewunderung vieler Kollegen, andererseits den Ruf eines verschrobenen Aussenseiters und Randgängers ein.

Nach den «*Notizen*» schrieb Hohl in den vierziger Jahren an den «*Nachnotizen*», aus denen in den fünfziger bis siebziger Jahren das nie vollendete zweite grosse Werk hervorging: «*Von den hereinbrechenden Rändern*». Zu den wichtigeren Schriften Hohls müssen zudem die Werke «*Nuancen und Details*» und «*Die Bergfahrt*» gezählt werden.

Bittere Erkenntnisse und Erfahrungen

Sein Hauptwerk «*Die Notizen*» wollte Hohl unter keinen Umständen als eine Sammlung von Aphorismen verstanden wissen. Auf unzähligen Notizzetteln hatte er sorgfältig und prägnant formulierte Gedanken und Betrachtungen geschrieben. An Wäscheleinen – wie zum Trocknen – hatte er Sätze, Zitate, Exzerpte, Gedankenblitze, Listen geheftet. Die Notizzettel waren für ihn *die* literarische Ausdrucksweise. Geschrieben hatte er die bitteren Erkenntnisse zwischen 1934 und 1936 in grosser materieller Notlage in Holland. Das Neue, das später hinzukam, bestand nur noch im «Auswählen, Anordnen, Eliminieren». Die Zusammenstellung der «*Notizen*» nach thematischen Gesichtspunkten führte er in einem detailversessenen Prozess aus, wobei er die handgeschriebenen Zettel zuerst zu einem Grundmanuskript und schliesslich zum druckfertigen Manuskript verarbeitete. Ein «Dasein von Notizen auf Zetteln» ging der Schlussredaktion der Texte also voraus.

Die Schreib- und Denkwerkstatt

Früh hat Hohl gemerkt, dass er als Autor nicht ein Romancier oder Fabulierer sein konnte. Er entwickelte die Form der lebensnahen, philosophisch-literarischen Fragmente. Er schuf nicht ein System, in das er seine Beobachtungen, Texte und Betrachtungen hineinzwängte, sondern liess sich von einem streng ausgearbeiteten thematischen Aufbau, einer «Struktur» leiten.

Hohl zehrte von seinen in Holland geschriebenen Aufzeichnungen. Er bearbeitete die alten Einträge stetig neu und ergänzte sie. Er schrieb Fragmente und waltete als Handwerker und Archivar seiner eigenen Texte. In seinem Kellergemach dachte er über soziale und gesellschaftliche Mechanismen nach, deren Geräusche, Hektik und Widersprüche er zu verstehen versuchte. Die «*Notizen*» sind ein Produkt einsam erlebter Erfahrung. Von Fragment zu Fragment tastete er sich an die «Wirklichkeiten» heran und lehnte ein Denken, das in einem System gefangen war, strikte ab. Er arbeitete gewissermassen in einem Steinbruch, aus dem er während Jahren seine Werke herausmeisselte. In einer Denk- und Schreibwerkstatt sind seine Schriften entstanden.

Schwierigkeiten mit dem Artemis-Verlag

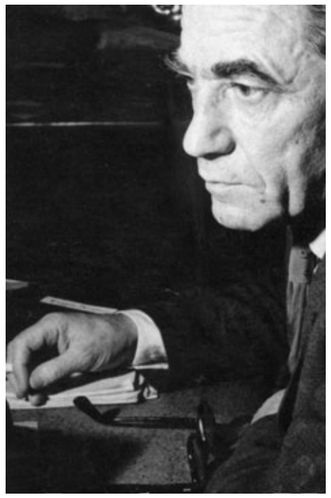
Ludwig Hohl hatte lange Zeit an den «*Notizen*» gearbeitet. Der erste Band erschien im Jahre 1944. Die Publikation des zweiten Bandes verzögerte sich, weil der Artemis-Verlag – trotz einem unterschriebenen Vertrag – sich weigerte, diesen zu veröffentlichen. Hohl prozessierte und gewann schliesslich den Prozess vor Bundesgericht. Trotzdem war es für ihn ein empfindlicher Schlag. Im Dokumantarfilm von Alexander J. Seiler äusserte sich Hohl folgendermassen: «Das kann man nicht unterschätzen, was das für eine Katastrophe war… Neun Jahre kam nichts mehr, bis schon alles verpufft war mit dem Krieg und den Nachwehen… Der erste Band war vergessen worden, und der zweite erschien nicht, und als er neuen Jahre später erschien, hatten die Leute den ersten Band längst vergessen. Das war der grösste Schlag von aussen, den ich je erlebt habe im Leben. Das hat das ganze Leben zerschmettert in gewisser Hinsicht. Da sank auch die Lust zu Weiterem zusammen, und alles wurde trübe.»

Veränderung von den Randbezirken her

Hohl hat in den «*Notizen*» einen radikal modernen Begriff von Arbeit entwickelt. Seiner Ansicht nach umfasst Arbeit nicht nur die Tätigkeiten zum Broterwerb. Arbeiten war für ihn ein eigenes, nicht entfremdetes Tun, ein nie abgeschlossener, nicht ein an empirisches Nützlichkeitsdenken gebundener Erkenntnisprozess, durch den sich der Mensch verwirklichen kann.

Arbeit besteht für Hohl in vielen, «sauer empfundenen» kleinen Schritten. Sie wird nicht in einem genialen Wurf, einem einmaligen Kraftakt vollzogen. Angespornt zu schöpferischer Tätigkeit wird der Mensch durch die Gewissheit des Todes. Kreatives Schaffen verhindert tödliches Erstarren und Verharren. Der Tod ist ein Motiv, das das Gewebe von Hohls Leben und Werk wie ein feiner Faden durchzieht.

Arbeiten muss nach Hohl «weltverändernde Wirkung» haben. Dabei geschieht Veränderung nicht von einem Zentrum aus. Die Erneuerung bricht in den Randbezirken aus. Nicht in der Mitte wurzelt die Kraft zur Erneuerung, sondern es wird zuerst «ein Neues gesehen in den Randbezirken, an den zerfasernden Orten der Nebenerscheinungen».



«Ich will nie mehr sagen, dass ich ein Werk fertig habe: alles ist Werk.» (Notizen VII, 150); (Foto: Alex Portianucha)

Hohl hat eine Philosophie der «hereinbrechenden Ränder» skizziert, und er selbst ist bis zu seinem Lebensende einer der wichtigsten Randgänger der Schweiz geblieben.

Literaturhinweise

- Ludwig Hohl. Alles ist Werk Herausgegeben von Peter Erismann, Rudolf Probst und Hugo Sarbach. Frankfurt am Main 2004.
- Aus der Tiefsee. Paris 1926. Frankfurt am Main 2004.
- Und eine neue Erde. Frankfurt am Main 1990.
- Von den hereinbrechenden Rändern. Nachnotizen. (2 Bände.) Frankfurt am Main 1986.
- Die Notizen oder Von der unvoreiligen Versöhnung. Frankfurt am Main 1981.
- Nuancen und Details. Frankfurt am Main 1975.
- Bergfahrt. Frankfurt am Main 1975.

Ausstellung

Ludwig Hohl: «Alles ist Werk»
Zürich: 18. September – 28. November 2004
im Strauhof Literaturausstellungen, Augustinerstr. 9, in Zürich, Tel. 01 216 31 39, www.strauhof.ch

«Alles ist Werk»

Ludwig Hohl hat zeit seines Lebens nicht viele LeserInnen gefunden. Nur wenige kannten ihn wirklich. Für viele war er ein schrulliger Randgänger, von dem die eigenartigsten Bilder übermittelt wurden. Man sprach von Hohl, der jahrzehntelang in einer Genfer Kellerwohnung lebte; Hohl, der die Seiten seiner Manuskripte in der Wohnung an Wäscheleinen aufhängte; Hohl, der mit 18 Jahren das elterliche Pfarrhaus in Frauenfeld verliess; Hohl, der nicht mehr in seiner Muttersprache reden wollte, sondern sich nur noch auf Hochdeutsch oder Französisch unterhielt. Oder Hohl, der über alles akribisch Buch führte, über den Alkohol, den er trank oder über die Kilometer, die er schwamm.

Den Schriftsteller und Philosophen Hohl kannten nur wenige. Er selber hatte es seinen LeserInnen auch nicht leicht gemacht. Denn um ihn zu verstehen, muss man sich zuerst einmal genügend Zeit nehmen. Man muss ihn entdecken – Satz für Satz und Wort für Wort. Dies fordert freilich Einiges von der Leserschaft ab. Doch wer standhält, den packen Hohls Sätze wie Krallen und lassen ihn nicht mehr los. Seine Sätze sind kristallklar, prägnant, scharf- und tiefsinnig formuliert. Ohne Zweifel, da drückte einer seine Gedanken mit einer sprachgewaltigen Stimme aus.

Nicht leicht verständlich ist Hohl ebenfalls, weil er seine Werke nicht abschliessen wollte. Denn Abschliessen war für ihn «etwas Tötendes». Alles blieb für ihn Werk, ob er «eine Stelle eines Schriftstellers unterstreiche oder herausschreibe, einen Brief sende, etwas notiere, etwas denke, Stellung nehme», stellte er fest.

Das Entscheidende für ihn war, dass es von innen heraus formuliert und vom einzelnen selbst verantwortet wurde. Nichts war ihm widerwärtiger als irgendwelchen Leuten oder Modetrends nachzulaufen. Sein Werk war auf lebenslanges Wachstum angelegt und sollte bei den LeserInnen Fortgang und Erweiterung finden. Die «saure» und in kleinen Schritten zu vollziehende Denk- und Praxisarbeit nahm der sensible Philosoph, der die Hand am Puls der Zeit hatte, den LeserInnen nicht ab.

Darum wohl schrieb Friedrich Dürrenmatt: «Hohl ist ein Denker, wir anderen, fassen wir das Denken genau, sind es nicht, wir weichen dem genauen Denken ins Gleichnis aus. Hohl ist notwendig, wir sind zufällig. Wir dokumentieren das Menschliche, Hohl legt es fest. Es fällt schwer, ihn auszuhalten. Wir müssen ihn akzeptieren, um ihn zu verstehen.»

Hilar Eggel

Wohin frau/man geht

Wandern mit der Alpen-Initiative im Sommer 2004

26. Juni bis 3. Juli, Im Banne des Zlatorog/Slovenien
Mit Andreas Weissen und Béatrice Buchenel

10. bis 17. Juli, Zwischen Tauern und Tagliamento
Mit Andreas Weissen und Ursa Baltensperger

17. bis 24. Juli, Bärenpfade im Trentino
Mit Reinhard Jossen und Stefan Bellwalder

31. Juli bis 7. August, Grenzschlängeln Ossola-Oberwallis
Mit Rita Huwiler, Ingrid Supersaxo und Matthias Frey

21. bis 28. August, Tessiner Täler
Mit Kurt Singer

28. August bis 3. September, Le Balcon du Léman
Mit Charles Zurmuehle und Béatrice Buchenel

28. August bis 4. September, Ubaye und Cottische Alpen
Mit Thomas Gisler und Lorenz Perincioli

4. bis 11. September, Rund um Zernez
Mit Kurt Singer

11. bis 18. September, Walserwege
Mit Max Lehmann

Auskunft: 027 924 22 26, www.alpeninitiative.ch

Natur entdecken im Wallis

Sonntag, 20. Juni, 7.30 Uhr, Schutzhaus Engelloch
Halbtägige naturkundliche Exkursion im Simplongebiet
Leitung: Delphine Jordan

Sonntag, 20. Juni, Ganztägige Exkursion: Flora von Zermatt
mit dem gleichnamigen Buchautor Arnold Steiner

Samstag, 17. Juli, Fafleralp, Lötschental
Schmetterlinge im alpinen Lebensraum
mit Ralph Manz

Dienstag, 31. August bis Samstag, 4. September
25 Jahre NGO-Jubiläumswoche zum Thema Akustik
(Vorträge und Exkursion)

Auskunft: Oberwalliser Umweltsekretariat, Naters, 027 923 61 62

14. August 2004, 17 Uhr

Danza! Ein feuriges Tanzfest

mit der Tessiner «Compagnia Vitale»

Villa Cassel auf der Riederalp, anschiessend Alpenfeuer, organisiert von der Alpen-Initiative

Samstag, 26. Juni

Krieg für Öl im Irak… Blutgeruch bis in die Walliser Alpen

Demo gegen das Crans Montana Forum (CMF)
Kontakt: Bewegung für den Sozialismus (BFS), bfs-zh@bluewin.ch

Kulturverein Bergland Ernen Sommerprogramm 2004

Ernen, 18. und 19. Juni

6. Rock im Stall

Freitag 18.6.04, Ladiesnight mit
– Ladiesroom
– SANDEE

Samstag 19.6.04, Bluesnight mit
– Frank Barth & the blue stepp walkers
– Philipp Fankhauser Bluesband

Jeweils 21.00 h, Türöffnung 20.00 h
Pro Abend Fr. 30.–, Pass Fr. 55.– / Studenten Fr. 25.–, Pass 45.–

Zi-Täter

«Grossrätin Hugo möchte im gleichen Zug Ethikunterricht im Stundenplan einbauen, oder womöglich den Koran einführen.»
Ernst Witschard, CSPO-Grossrat Susten

Rote Anneliese: ***Oder womöglich sogar die Bergpredigt. Diese würde nämlich Witschard und die Wirtschaft endgültig in den Ruin treiben.***

«Der Verwaltungsrat der Aletsch AG empfiehlt den Aletsch-Aktionären einstimmig, das Angebot der EnAlpin AG anzunehmen und ihre Inhaberaktien innerhalb der Angebotsfrist dieser anzudienen.»
Prof. Dr. Otto Eduard Hasenkopf und Rolf Escher, Aletsch-Verwaltungsräte

Rote Anneliese: ***Die Andienung hat mit andächtig gefalteten Händen und auf den Knien zu erfolgen.***

«2003 – im Wallis ein Jahrgang der Superlative, in dem sich die Trauung der Traube mit der Sonne widerspiegelt. Geniessen Sie die anmutige Finesse des Fendant, die rassige Eleganz des Pinot Noir, die wilden Noten des Humagne Rouge.»
Werbetext von Wallis Excelence

Rote Anneliese: ***Und nach der anmutigen Trauung geniessen Sie die wilden Noten der rassigen Eleganz!***

«Ich weinte und liess meinen Tränen freien Lauf. Warum weinte ich? Ich weiss es nicht.»
Kilian Volken auf dem Gipfel des Mount Everest

Rote Anneliese: ***Auch wir wissen es nicht. Vielleicht wegen der fleissigen Sherpas, welche sich durch ihren Job die Gelenke ruinieren.***

«Für die sozialistische Internationale gilt es nach wie vor, den Staat wirtschaftlich zugrunde zu richten.»
Oskar Freysinger, SVP-Nationalrat

Rote Anneliese: ***Das können andere besser.***

Dicke Eier

Thomas Gponer auf dem Esoterik-Tripp

Der Direktor der Walliser Handelskammer glaubt an die Wirkung unsichtbarer Energien und Strahlen. Als Thomas Gpsoner im Visper La Poste zum Thema «Neat und Tourimus» auf dem Podium sass, bastelte er verzweifelt am Mikrofon herum, welches partout seine Stimme nicht verstärken wollte. Ein Blick ins Publikum und schon hatte er die Ursache herausgefunden: Es musste an RA-Redaktor Kurt Marti liegen, der ein paar Meter vom Mikrofon entfernt sass und dieses mittels Parakinese ausser Betrieb setzte.

Hans Hallenbarter behauptet viel

Am Rande des Unesco-Forums war der Obergestler Gemeindepräsident Hans Hallenbarter um markige Sprüche nicht verlegen. Zum Beispiel forderte er erneut ein alpines Skigebiet, damit neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Der Langlauf sei da ganz schwach auf der Brust und biete lediglich einen einzigen Arbeitsplatz. Zudem behauptete Hallenbarter, jetzt werde im Goms auf die Bio-Landwirtschaft gesetzt. Nicht nur in Gluringen, sondern auch in Obergesteln existiere eine Biokäserei. Dummerweise ohne einen einzigen Bio-Betrieb!

Caesar Jaeger im Pech!

Auf Geheiss des Finanzinspektorates wird nun dem Chef des Briger Handelsregisteramtes, Caesar Jaeger, der Lohn gekürzt. Auch mit der Buchhaltung war das Inspektorat nicht ganz zufrieden. Und jetzt kommt noch hinzu, dass sein Handelsregisteramt das einzige in der Schweiz ist, welches noch keine Homepage hat. Jäger ist sich jedoch seiner Sache sicher. Die anderen sind Schuld: Die kritisierte Buchhaltung ist ein alter Hut, die Lohnkürzung hat er als nicht akzeptabel angefochten und die Homepage wird ihm von Sitten verweigert.

Informationen aus erster Hand. Mit einem Abo der RA.

☐ **Ich bestelle die «RA»**
☐ **Ich verschenke die «RA» (Rechnung an mich)**
☐ **Ich bestelle ein Jugendabo zum halben Preis (Fr. 20.–)**

Name/Vorname: _____

Strasse: _____

PLZ/Ort: _____

Geschenk-Abo an:

Name/Vorname: _____

Strasse: _____

PLZ/Ort: _____

Ausschneiden und senden an: Rote Anneliese, Postfach 441, 3900 Brig; Fax 027 923 69 71

Im Sekretariat der Roten Anneliese

Büro zu vermieten (15 m²)

Ort:
Restaurant Simplon, Naters
3. Stock

Preis:
150 Franken pro Monat

Auskunft erteilt: 027 923 63 89

UBS gegen Zuger Firma von Albert Bass:

Betreibung und Konkurseröffnung

ZUG/NATERS – **Die UBS hat die Zuger «AG für Finanz- und Handelsgeschäfte» für mehrere hunderttausend Franken betrieben und im Januar 2004 eröffnete das Konkursamt Zug den Konkurs. Einziges Mitglied des Verwaltungsrates ist niemand anders als Albert Bass, der Natischer Finanzberater und Vizepräsident der Walliser Kantonalbank.**

WKB-Vizepräsident Albert Bass: *Ungemütliche Situation*

VON KURT MARTI

Der Natischer Treuhänder und Finanzberater Albert Bass ist seit 1993 einziger Verwaltungsrat der AG für Finanz- und Handelsgeschäfte in Zug. Eine Briefkastenfirma an der Adresse des Zuger Treuhandbüros *«Küng und Partner Treuhand AG»*. Der Zweck der Firma ist laut Handelsregister: *«Finanzierung und Handel mit Waren und Immobilien aller Art sowie Kauf und Verkauf von Immobilien»* Das Aktienkapital beträgt 1,5 Millionen Franken.

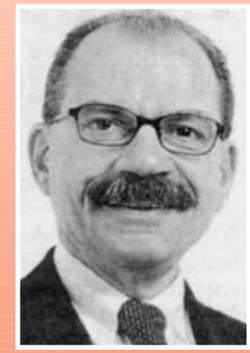
UBS will mehrere Hunderttausend

Im Januar 2002 wird überraschend das Domizil *«Küng und Partner Treuhand AG»* gelöscht. Drei Monate später wird die Aktiengesellschaft von Amtes wegen aufgelöst, weil sie kein Domizil hat. Gleichzeitig wird Albert Bass Liquidator mit Einzelunterschrift. Weitere drei Monate später wird die Löschung von Amtes wegen widerrufen. Als neues Domizil wird *«Equipe Medical AG»* in Zug angegeben. Einziges Mitglied des Verwaltungsrates ist wiederum Albert Bass. Im Oktober 2003 wird der Sitz der Aktiengesellschaft nach Naters zur AB Treuhand und Revisions AG verlegt und am 27. Januar 2004 eröffnet das Konkursamt Zug den Konkurs. Die Eingabefrist für Gläubiger ist am 17. Mai abgelaufen. Einziger Gläubiger ist die UBS mit einer Forderung von mehreren hunderttausend Franken. Eine genaue Zahl will niemand nennen. Bass hält gegenüber der RA fest: *«Wir befinden uns in einem laufenden Verfahren. Es steht mir nicht zu, in einem laufenden Verfahren weitere Details anzugeben.»* Auffälligerweise fehlt im WKB-Jahresbericht in der Liste der Verwaltungsräte von Bass die AG für Finanz- und Handelsfragen.

Bankenkommission wurde informiert

Interessante Parallelen gibt es zur Firma *«Hoffmann + Schneider Capital AG»*. Bei der Ersterfassung im Handelsregisteramt Zug vom März 1995 figuriert Albert Bass als einziger Verwaltungsrat. Das Domizil wird ebenfalls mit *«Küng und Partner Treuhand»* angegeben und das Aktienkapital beträgt 1,1 Millionen. Zweck der Firma ist die *«Tätigung von Investitionsgeschäften aller Art.»* Ende 1997 kommt es zu einer Sitzverlegung von Zug nach Genf. Im April 1998 verlässt Bass den Verwaltungsrat, nachdem er im Herbst 1997 in den WKB-Verwaltungsrat gewählt wurde. Im Sommer 1998 wird die Firma gemäss Beschluss der Generalversammlung liquidiert. Keine drei Monate später spricht das Bezirksgericht Genf den Konkurs über die Firma aus. Erst im Juli 2002 wird eine spezielle Konkursverwaltung eingesetzt. Seither herrscht Funkstille. Tanja Kocher, Sprecherin der Eidgenössischen Bankenkommission erklärt auf Anfrage: *«Ja, wir wurden in beiden Fällen informiert. Im Konkreten können wir dazu nicht Stellung nehmen.»*

Der heitere Schluss



Der neuste Coup der Viererbande: Das Matterhorn gehört nach Brig!

ROTE ANNELIESE
AZB 3900 Brig · Nr. 183 / Juni 2004
Bitte Adressänderungen melden an:
Verein Rote Anneliese, Postfach 441, 3900 Brig-Glis